MAGAZIN DES NIEDERÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES

APRIL 2019

NÖGEMEINDE

FACHJOURNAL FÜR GEMEINDEPOLITIK

WOHNBAUSTRATEGIE

WOHNEN MUSS LEISTBAR SEIN

INITIATIVE

JUGENDCOACHES FÜR GEMEINDEN

EUROPA-WAHL

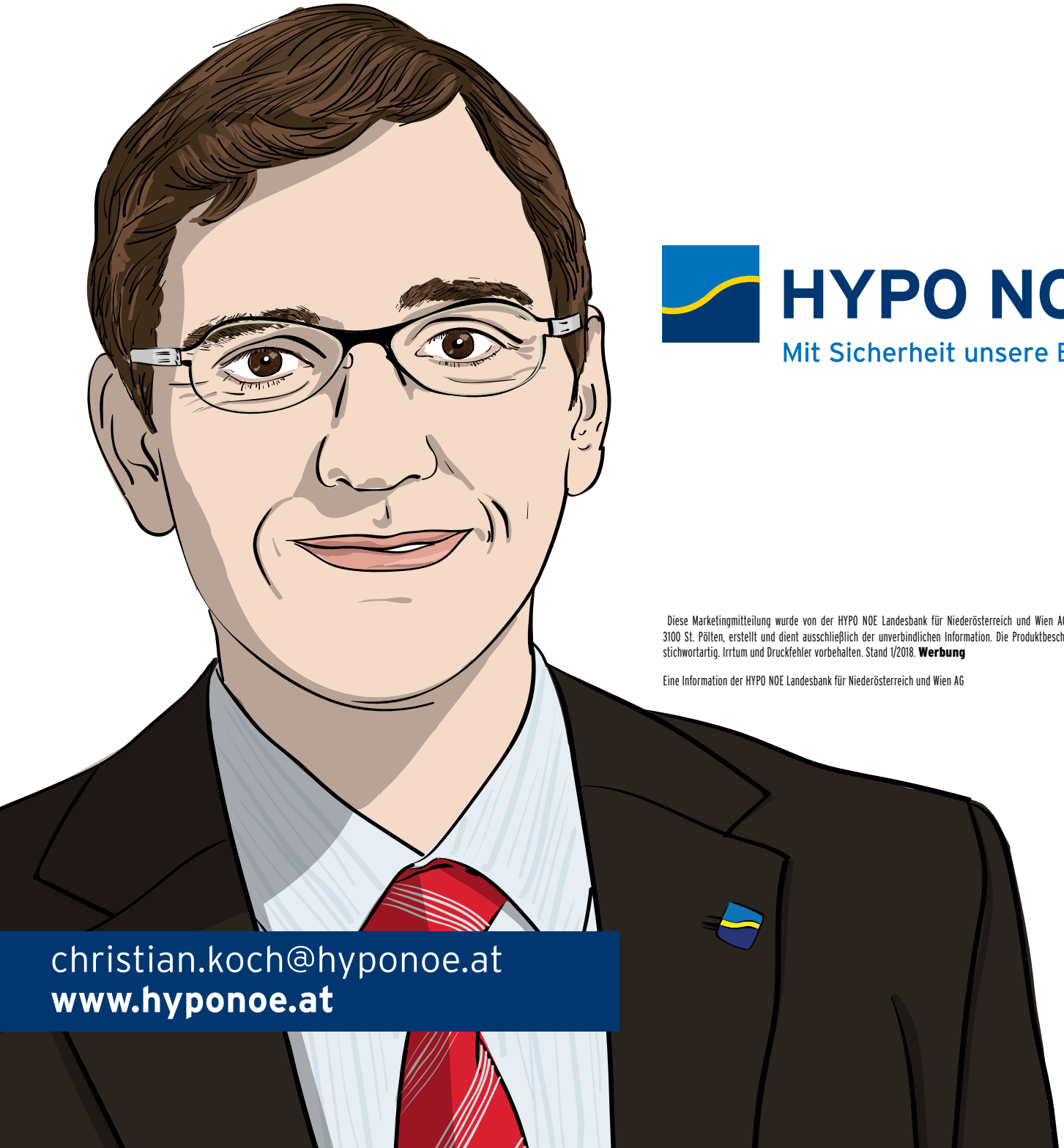
WAS DIE **EU-GEMEINDERÄTE** SAGEN

Österr. Kommunalverlag, 1010 Wien, Löwelstr. 6
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien
ISSN: 1605-1440
Österreichische Post AG MZ 02Z032903 M

Dr. Christian Koch, Abteilungsleiter öffentliche Finanzierungen

BESTE FINANZIELLE LÖSUNGEN FÜR IHRE GEMEINDE:

ICH BIN FÜR SIE DA.



HYPO NOE

Mit Sicherheit unsere Bank.

Diese Marketingmitteilung wurde von der HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG, Hypogasse 1, 3100 St. Pölten, erstellt und dient ausschließlich der unverbindlichen Information. Die Produktbeschreibung erfolgt stichwortartig. Irrtum und Druckfehler vorbehalten. Stand 1/2018. **Werbung**

Eine Information der HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG

christian.koch@hyponoe.at
www.hyponoe.at

NÖGEMEINDE April 2019

POLITIK

04 **WOHNBAUOFFENSIVE**
JOHANNA MIKL-LEITNER UND MARTIN EICHTIGER ÜBER DIE BLAU-GELBE WOHNBAUSTRATEGIE

06 **JUGENDCOACHES FÜR GEMEINDEN**
JUGENDLICHEN AKTIV RAUM GEBEN

08 **EU-WAHL**
WAS DIE EUROPA-GEMEINDERÄTE SAGEN

10 **EU-WAHL**
INTERVIEW MIT LUKAS MANDL

RECHT & VERWALTUNG

22 **VERRECHNUNG**
WASSERSCHADEN – WAS NUN?

18 **AMTSHAFTPFLICHTVERSICHERUNG**
GEMEINDEN SOLLTEN BESTEHENDE VERTRÄGE PRÜFEN

AUS ERSTER HAND

VON ALFRED RIEDL

KOMPETENZDSCHUNGEL IM SCHULSYSTEM ENTFLECHTEN!

Jetzt haben wir es schwarz auf weiß: Univ.-Prof. Bernhard Raschauer hat in einem Gutachten deutlich dargelegt, dass nicht die Gemeinden für die Aufgaben des administrativen und pädagogischen Schulbetriebs zuständig sind. Damit wird unsere Meinung bestätigt, dass das Einstellen von Freizeitpädagogen, Sekretariatskräften und Unterstützungspersonal sowie das Zuverfügungstellen von Tablets nicht Aufgabe der Gemeinden sein kann. Wir wollen uns hier keineswegs aus der Verantwortung ziehen, sondern uns vielmehr um die Aufgaben kümmern, für die wir zuständig sind. Laut dem Gutachten, sind die Gemeinden, wie bisher, für die Gebäude und die Infrastruktur verantwortlich, Bund und Länder übernehmen alleine die bildungspolitischen Inhalte sowie das pädagogische und administrative Personal, inkl. Früh- und Nachmittagsbetreuung. Das wäre eine echte Entflechtung des Kompetenzdschungels im Schulsystem.

Blau-gelbe Wohnbaustrategie bringt allen etwas

Mitte März wurde die blau-gelbe Wohnbaustrategie des Landes Niederösterreich präsentiert (Details siehe das Interview auf den Seiten 4 und 5). Aus Sicht der Gemeinden haben die Säule der gezielten Wohnbauförderung für den ländlichen Raum und die Ortskerne zentrale Bedeutung: Im Durchschnitt soll es für ländliche Regionen bis zu 20 Prozent mehr Förderung seitens des Landes geben, um somit regionalen Ausgleich sicherzustellen. Völlig neu ist, dass künftig gewerbliche Bauträger Förderungen beantragen können, wenn sie leerstehende Gebäude in Ortszentren (wie Hotels, Kinos, Gasthäuser etc ...) als Mietwohnungen sanieren. Aber auch die Ortskernbelebung wird attraktiver: Für den Häuslbauer gibt es für einen Neubau im Ortskern zusätzlich zur regulären Wohnbauförderung je nach Projekt und Lage bis zu 12.000 Euro an Förderungen. Wer sein Haus im Ortskern sanieren möchte, kann sich zukünftig einen Teil der Sanierungskosten mittels Einmalzuschuss des Landes fördern lassen. Dies gilt für Sanierungen im Eigenheimbereich – zusätzlich zur bestehenden Ankaufsförderung. Alles in allem hat die blau-gelbe Wohnbaustrategie für alle etwas im Angebot – mit klarem Fokus auf den ländlichen Raum. Und das ist gut so.

BGM. MAG. ALFRED RIEDL, PRÄSIDENT

INTERVIEW

„DIE STÄRKSTE OFFENSIVE IM WOHNBAU, DIE ES JE GAB“

NÖGEMEINDE: Welches Ziel verfolgt das Land Niederösterreich mit der neuen Wohnbaustrategie?
JOHANNA MIKL-LEITNER: Die blau-gelbe Wohnbaustrategie ist ein umfassendes Gesamtkonzept mit einem klaren Ziel: Wohnen muss für alle Landsleute leistbar sein und Wohnen muss in allen Regionen unseres Landes lebenswert bleiben. Deshalb reagieren wir

„WER EINE GÜNSTIGE WOHNUNG SUCHT, **IST BEIM LAND NIEDERÖSTERREICH GENAU RICHTIG.“**

LANDESHAUPTFRAU JOHANNA MIKL-LEITNER

mit der blau-gelben Wohnbaustrategie auf aktuelle Herausforderungen. Wir wissen, die Gesellschaft wird immer älter und mobiler, die Anzahl der Single-Haushalte steigt, die Umwelt-Anliegen spielen eine immer wichtigere Rolle und es gibt neue, digitale Arbeitsformen. In unserer Strategie haben wir all das mitbedacht. Es ist die stärkste Offensive im Wohnbau, die es jemals in Niederösterreich gegeben hat.

Die Wohnbaustrategie umfasst drei Säulen, eine davon sieht die Stärkung des ländlichen Raums und der Ortskerne vor. Wie sehen hier die konkreten Maßnahmen aus?
MARTIN EICHTINGER: Im Rahmen der Wohnbauförderung wird für den Neubau und für die Sanierung ein finanzieller Bonus eingeführt, um ländliche Regionen als Wohnraum attraktiv zu halten. Im Durchschnitt soll es für ländliche Regionen – egal ob Wald- und Weinviertel oder Most- und Industrieviertel – bis zu 20 Prozent mehr Förderung seitens des Landes geben, um somit einen regio-

WOHNBAU IN NÖ

- Jährlich unterstützt das Land NÖ 45.000 Familien und Haushalte mit unterschiedlichen Maßnahmen im Rahmen der Wohnbauförderung.
- Jährlich bauen die gemeinnützigen Genossenschaften für das Land NÖ rund 6.150 Wohnungen und Häuser.
- Im Vorjahr waren rund 777 Millionen Euro für Investitionen in den Wohnbau in NÖ vorgesehen.
- In neun von zehn Gemeinden stehen vom Land Niederösterreich geförderte Wohnungen.

www. noe-wohnbau.at

LANDESHAUPTFRAU JOHANNA MIKL-LEITNER UND WOHNBAU-LANDESRAT MARTIN EICHTINGER ÜBER DIE BLAU-GELBE WOHNBAUSTRATEGIE

nalen Ausgleich und Anreiz sicherzustellen. Darüber hinaus werden auch zur Belebung der Ortskerne zusätzliche und neue Anreize gesetzt. So wird etwa ein Ortskernbonus für Häuslbauer bis zu 12.000 Euro ausgeschüttet, abhängig von der Lage und der Beschaffenheit des Projekts.

Welche Möglichkeiten der Sanierung im Ortskern umfasst die Wohnbaustrategie?
MIKL-LEITNER: Wer sein Haus im Ortskern sanieren möchte, kann sich zukünftig einen Teil der Sanierungskosten mittels Einmalzuschuss des Landes fördern lassen, zusätzlich zur bestehenden Ankaufsförderung. Dieser Einmalzuschuss kann für sämtliche Sanierungen im Eigenheimbereich in Anspruch genommen werden. Ganz neu ist ein Anreiz für gewerbliche Bauträger. Erstmals führen wir in Niederösterreich das ‚Bauherrenmodell' ein, wodurch gewerbliche Bauträger Anspruch auf Förderungen erhalten, wenn sie leerstehende Gebäude in Ortszentren – sprich Hotels, Kinos oder Gasthäuser – als Miet-Wohnungen sanieren. Ziel ist es, dass die bereits bestehende Bausubstanz in den Ortskernen saniert und für Wohnungen genutzt werden soll.

Betrifft das nur gewerbliche Bauträger?
MIKL-LEITNER: Nein. Auch die gemeinnützigen Genossenschaften erhalten zukünftig einen Ortskernbonus im Sanierungsbereich in Form einer Ankaufsförderung für mehrgeschossige Wohnbauprojekte.

Wie stellt das Land Niederösterreich weiterhin günstige Mieten im geförderten Wohnbau sicher?
EICHTINGER: Gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) sorgen wir in Zukunft für noch günstigere Mieten in Wohnungen des Landes. Wir konnten nämlich 125 Millionen Euro von der EIB erhalten. Dadurch wird der geförderte Wohnbau in Zukunft noch günstiger und leistbarer finanziert. Das bedeutet konkret: Die Mieten in zukünftigen Wohnungen des Landes werden um bis zu 200 Euro pro Jahr günstiger. Angesichts der steigenden Preise sparen sich die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher in den geförderten Wohnungen des Landes bares Geld.

Wie unterstützt die Wohnbauförderung junge Menschen?
MIKL-LEITNER: Wir verdoppeln die Jungfamilienförderung von 5.000 auf 10.000 Euro. Es wird auch die Fördersumme für das erste Kind von 8.000 auf 10.000 Euro erhöht. Für jedes weitere Kind gibt es dann zukünftig ebenfalls 10.000 Euro an Förderung. Damit werden wichtige Unterstützungs-Leistungen gesetzt, um jungen Familien gezielt unter die Arme zu greifen. Das Modell ‚Junges Wohnen' ist eine Erfolgsgeschichte, die wir zusätzlich jetzt verstärken.

Wie funktioniert ‚Junges Wohnen'?
EICHTINGER: Speziell für Jüngere hat das Land Niederösterreich seit 2013 ein eigenes Fördermodell entwickelt. Das Modell ‚Junges Wohnen' wird nun noch stärker umgesetzt, weil die Nachfrage sehr hoch ist. Vor kurzem wurde die 450. Wohnung für Junge gebaut. 200 weitere Wohnungen folgen. Diese Wohnform ist für junge Menschen bis 35 besonders attraktiv, aufgrund des geringen Eigenfinanzierungsbeitrages von max. 4000 Euro. Die Wohnungen haben eine maximale Größe von 60 Quadratmeter.

Welchen Tipp geben Sie für die Wohnungssuche in Niederösterreich?
MIKL-LEITNER: Wer eine günstige Wohnung sucht, ist beim Land Niederösterreich genau richtig: Derzeit sind fast 900 Wohnungen des Landes kurzfristig online verfügbar. Nutzen Sie das Angebot und holen Sie sich eine neue Wohnung unter **www.noe-wohnbau.at**.

INITIATIVE

JUGENDLICHEN **AKTIV RAUM**

Grafenschlag im Bezirk Zwettl ist eine von 573 Gemeinden in NÖ, die ihre Jugendarbeit aktiv in die Hand nimmt: „Uns sind die Wünsche und Anliegen der Jugendlichen ein Herzensanliegen, deswegen haben wir uns auch mit den Jugendcoaches – einem Service des Landes NÖ – zusammen gesetzt und überlegt, was wir in unserer Gemeinde für die Jugend machen können“, sagt Bürgermeister Robert Hafner.
Aus einem Beratungsgespräch und anschließender Ideensammlungen ist ein Konzept geworden. Ein knappes Jahr später konnten sich die Jugendlichen über einen neu gestalteten Jugendraum und in Kürze auch über einen eigenen Volleyballplatz freuen. „Die Beratung durch die Jugendcoaches hat unserer Gemeinde überaus positive Impulse gebracht: Einerseits konnten die Jugendlichen ihre Wünsche und Ideen aktiv einbringen, mitgestalten und umsetzen, andererseits haben wir seitens der Gemeinde eine neue Gesprächs- und Beziehungskultur zu den Jugendlichen in der Gemeinde aufgebaut – quasi eine Win-Win-Situation“, findet Bürgermeister Hafner.

„WICHTIG IST, DIE JUGENDLICHEN ALS **WERTVOLLEN TEIL DER GESELLSCHAFT ZU BETRACHTEN.“**

ELKE INDINGER
JUGENDCOACH

JUGENDLICHE BRAUCHEN BEGEGNUNGSRÄUME

Elke Indinger, eine von drei Jugendberaterinnen des „Serviceangebotes Jugendcoaches für NÖ Gemeinden“ des Landes begleitet bei ihrer Arbeit auch die Gemeinde Grafenschlag und kennt die Vorteile ihrer Arbeit nur zu gut: „Wir als Jugendcoaches sehen uns als Mediatoren zwischen Erwachsenen und Jugendlichen in der Gemeinde. Jede Gemeinde lässt eine Chance ungenutzt, wenn sie sich nicht den Jugendlichen widmet“, sagt die Jugendberaterin.
Aus Erfahrung weiß Elke Indinger, dass es wichtig ist, Jugendlichen einen Begegnungsraum, einen Ort oder Platz im Ort zu schaffen, wo sie sich treffen können oder einfach „sein“ dürfen.
Deswegen erarbeitet die Jugendberaterin die Wünsche, Ideen, Anliegen auch immer mit den Jugendlichen gemeinsam – von der Standortsuche über ein Konzept bis hin zur Umsetzung. „Wir gehen dabei sehr genau auf die individuellen Gegebenheiten einer Gemeinde vor Ort ein“, sagt Indinger.

SEHNSUCHT NACH EIGENEM RAUM

Der sehnlichste Wunsch von Jugendlichen ist meist ein eigener Raum in der Gemeinde, wo sich Jugendliche treffen, spielen, gemeinsam Zeit verbringen können. Aber auch Volleyballplätze, Jugendfeste, gemeinsame Projekte oder schnelleres Internet in der Gemeinde stehen ganz vorne auf der Wunschliste von Jugendlichen in den Kommunen.
„Oft beginnt die Jugendarbeit und Jugendkultur in der Gemeinde bei einem eigenen Raum und geht dann weiter bis zu einer Vereinsgründung und in weiterer Folge bis hin zum Jugendgemeinderat“, beschreibt Elke Indinger die Wege der kommunalen Jugendarbeit. Mit dem Jugendraum als Basisausstattung kommen die Jugendlichen auf eigene Ideen wie z. B. Feste zu gestalten oder Projekte zu organisieren – kurz gesagt sich aktiv am Gemeindeleben zu beteiligen.

JUGENDCOACHES

BhW Jugendcoaching für NÖ Gemeinden ist ein Projekt am Schnittpunkt von Gesundheitsförderung, Jugendarbeit, Erwachsenenbildung und Regionalentwicklung.
Ziel ist es, tragfähige Strukturen in der Gemeinde zu unterstützen, die langfristig ohne (intensive) Unterstützung handlungsfähig bleiben.

Buchbare Pakete:
- **4 Stunden Erstberatung** Kosten: keine
- **40 Stunden-Paket:** 600 Euro
- **80 Stunden-Paket:** 1.050 Euro
- **Jugendtreffberatung** bei bewilligter Jugendtreffförderung

www.bhw-n.eu

GEBEN

JUGENDCOACHES SOLLEN IN GEMEINDEN MEDIATOREN ZWISCHEN ERWACHSENEN UND JUGENDLICHEN SEIN. MEHR ALS DIE HÄLFTE DER NÖ GEMEINDEN NUTZT DAS SERVICE-ANGEBOT DES LANDES. VON SOTIRIA PEISCHL

JUGENDARBEIT VOR DEN VORHANG

Mehr als die Hälfte der NÖ Gemeinden haben die Beratung der Jugendcoaches des Landes NÖ seit der Einführung im Jahr 2012 bereits angenommen. Knapp 70 Prozent der NÖ Gemeinden haben mittlerweile einen Jugendraum für ihre Jugendlichen.
Mit der Aktion der Jugendpartnergemeinde, die das Land NÖ ins Leben gerufen hat, haben Gemeinden die Möglichkeit ihre aktive Jugendarbeit zu präsentieren und zertifizieren zu lassen.

„DIE BERATUNG DURCH DIE JUGENDCOACHES HAT UNSERER GEMEINDE **ÜBERAUS POSITIVE IMPULSE GEBRACHT.**“

ROBERT HAFNER
BÜRGERMEISTER VON GRAFENSCHLAG

BEST-PRACTICE-BEISPIELE VOR DEN VORHANG

„Ende April werden die NÖ Gemeinden bei der Zertifikatsveranstaltung mit ihren Projekten wieder vor den Vorhang gebeten. „Diese Aktion macht nicht nur die Jugendarbeit in den Gemeinden sichtbar, sondern ist auch Ideengeber und Motivation für andere Gemeinden“, weiß Indinger. Eine wichtige Rolle spielen dabei auch die Jugendgemeinderäte, die ein hervorragendes Verbindungsglied zwischen Gemeindepolitik und Jugendlichen in der Gemeinde sind“, so Jugendberaterin. Indinger: „Egal, wie und wo man mit Jugendlichen zusammenarbeitet, wichtig ist es, sie als wertvollen Teil der Gesellschaft zu sehen und sie zu begleiten.“
Auch Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister setzt auf Jugendcoaching. „Die Jugendarbeit vor Ort hat in den letzten Jahren immer größere Beliebtheit gefunden. Die Gemeinden nutzen das Angebot des Jugendcoachings gerne, um noch besser auf die Bedürfnisse der Heranwachsenden eingehen zu können. Die Jugendarbeit hilft nicht nur den Jugendlichen dabei, in der von Veränderungen geprägten Zeit des Erwachsenwerdens Zuspruch und Sicherheit zu finden, sie hilft auch unseren Gemeinden dabei, noch bessere Partner ihrer Jugend zu werden“, sagt Teschl-Hofmeister.

FOTO: SHUTTERSTOCK/ ANATOLIY CHERKAS

EU-WAHL

DIE STIMMEN EUROPAS IN DEN GEMEINDEN

AM 26. MAI 2019 FINDEN DIE WAHLEN ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT STATT. EU-GEMEINDERÄTE BERICHTEN, WIE SIE DAS THEMA EUROPA DEN BÜRGERN NÄHERBRINGEN WOLLEN.

Am 26. Mai 2019 stehen die Wahlen zum Europäischen Parlament auf dem Programm. Bis dahin sind die Kandidaten gefordert, der Bevölkerung die EU näher zu bringen und sie von den Vorteilen der EU zu überzeugen. Nach ihrem Leitspruch „Europa fängt in der Gemeinde an“ spielen auch die EU-Gemeinderäte eine tragende Rolle vor Ort in den Kommunen. Über ihre Motivation und wie sie die EU den Bürgern näher bringen, hat die NÖ Gemeinde mit EU-Gemeinderäten gesprochen.

KARIN FRANZ
PFAFFSTÄTTEN

„GEMEINSAM HABEN WIR EINE STÄRKERE STIMME“

Als EU-Gemeinderätin habe ich die Möglichkeit, meine Mitbürger aktiv darüber zu informieren, welche Vorteile es bringt, Teil eines großen Ganzen und einer starken Gemeinschaft zu sein.
Ich arbeite in einem global agierenden amerikanischen Unternehmen wie viele andere Österreicher das ebenfalls tun. Als kleines Österreich hätten wir bei vielen Themengebieten im Unternehmensverbund wenig Stimmkraft, als EU, die Wertvorstellungen teilt und darauf basierend Regeln und Grenzen vermittelt, bekommen wir eine viel stärkere Stimme verliehen und sind in der Lage uns entsprechend zu positionieren!
MEIN Wunsch an die EU ist, dass alle Mitglieder auf partnerschaftlicher und wertschätzender Basis das Wohl der Gemeinschaft im Auge behalten und für gemeinsame Werte stehen – ich denke das wird in den kommenden Monaten und Jahren immer wichtiger werden.“

DANIEL AIGNER
SCHEIBBS

„VERSTEHT MAN DAS GROSSE, BEKOMMT DAS KLEINE SEINEN WERT“

In der Kommunalpolitik ist es wichtig, aufzuzeigen und ein Bewusstsein zu schaffen, dass die EU Österreich braucht und dass Österreich die EU braucht. Dies kann im politischen Diskurs, bei regionalen Projekten oder auch in Form von Informationsweitergabe sein. Als Unternehmer bieten mir die EU und insbesondere das Mostviertel wirtschaftliche und politische Stabilität – ein Faktor, den ich nicht missen wollen würde.
Am 26. Mai wird gewählt. Wenn wir wollen, dass wir weiterhin die Vorteile der EU genießen können und gemeinsam unsere Zukunft – in Zeiten von Disruption und Machtkämpfen der Supermächte – mitbestimmen wollen, dann gibt es für mich nur eine Zukunft und die ist ein starkes Europa. Dafür stimme ich.
Um dies zu ermöglichen, benötigen wir eine einfachere und schnellere Kommunikation zwischen den Mitgliedstaaten und eine einheitliche politische Linie als vereintes Europa in der Welt. Wir, als 8,8 Millionen Einwohner-Staat müssen verstehen, dass es anderswo Städte gibt die 20-30 Millionen Einwohner haben, und dass wir Europäer gemeinsam zusammenarbeiten müssen. Ganz nach dem Prinzip: Geht’s unserem Nachbarn gut, geht’s uns gut und umgekehrt.“

PETER HIESSBERGER
WÖLBLING

„DAS GRÖSSTE FRIEDENSPROJEKT“

Als im Jahr 2016 in England der Beschluss für den Brexit gefallen ist, habe ich mich entschlossen, mich als EU-Gemeinderat zu engagieren, weil mir Europa wichtig ist und ich mich aktiv in meiner Gemeinde für die EU einbringen will.
In meiner Tätigkeit als EU-Gemeinderat habe ich zahlreiche Beiträge in Zeitungen verfasst, Veranstaltungen zum Thema EU beim Heurigen organisiert und eine Reise nach Brüssel veranstaltet. In all meinen Gesprächen mit der Bevölkerung lege ich die Vorteile der EU dar: Es ist das größte Friedensprojekt, das es je gab, wir profitieren durch Wohlstand, Wachstum und Arbeitsplätze. Wir haben aber auch gemeinsame Werte und Regeln, die unser vereintes Europa ausmachen. Und dessen müssen wir uns tagtäglich bewusst sein.“

MARGIT GÖLL
MOORBAD HARBACH

„EU MUSS AUF REGIONALITÄT ACHTEN“

Für mich ist die EU-Wahl genauso wichtig, wie jede andere Wahl. Doch in Zeiten wie diesen, ist es umso wichtiger, ein starkes Zeichen bei der EU-Wahl zu setzen – schließlich geht es um das größte Friedensprojekt.
Ich versuche auch, in meinen persönlichen Gesprächen die Menschen von den Vorteilen der EU – gerade bei uns in der Grenzregion – zu überzeugen. Wir profitieren durch den Handel, durch Förderprogramme im Bereich der Bildung, des Tourismus, der Gesundheit, aber auch der Landwirtschaft. All das wäre ohne die EU nicht möglich.
Deswegen wünsche ich mir auch eine starke Wahlbeteiligung und ein gutes Ergebnis bei der Wahl.
Ich wünsche mir aber auch, dass man auf die Regionalität weiterhin Bedacht nimmt. Beispielsweise konnten wir durch unser Aufzeigen bei der Trinkwasserrichtlinie einen Erfolg erzielen. Europa heißt für mich auch, dass wir alle zusammen gehören und Grenzen im Kopf überwinden müssen.“

JÜRGEN LEITNER
LADENDORF

„RECHTE NATIONALISTEN DÜRFEN NICHT GEWINNEN“

Ich bin der absoluten Überzeugung, dass die Europäische Union für eine starke geopolitische Stellung aller vereinten europäischen Staaten unverzichtbar ist. Im Wettbewerb mit den USA und China können die Nationalstaaten unseres Kontinents nur gemeinsam bestehen.
Die EU ist als Friedensprojekt und grenzenloser Wirtschaftsraum einzigartig und äußerst wertvoll für jeden Bürger. Jedoch sehe ich die Überregulierung und zu weit gehenden zentralistischen Tendenzen und den Bürokratiewahn sehr kritisch.
Die EU der kommenden Jahrzehnte sollte sich daher auf ihre Kernaufgaben wie den freien Güter- und Personenverkehr, den gemeinsamen Außengrenzschutz und die Stärkung der Regionen fokussieren.
Gerade die Regionalentwicklung ist für den ländlichen Raum und die Gemeindebevölkerung spürbar und muss weiterhin hochgehalten werden. Viele Österreicher spüren und verstehen meines Erachtens den Mehrwehrt der EU, und doch bleiben sehr häufig die negative mediale Berichterstattung hängen, statt den unzähligen Vorteilen und Errungenschaften.
Von daher sehe ich die primäre Aufgabe der Europa-Gemeinderäte in der Bewusstseinsbildung und Vermittlung des europäischen „Wir-Gefühls“.
Die anstehende Wahl des Europäischen Parlamentes ist richtungsweisend in Bezug auf die weitere Ausrichtung der EU. Persönlich wünsche ich mir ein Parlament, welches die überbordende Regulierung reduziert und sich auf die wesentlichen europäischen Themen konzentriert. Die rechten Nationalisten dürfen nicht die Oberhand gewinnen. Das Einende muss über das Trennende gestellt werden.“

EU-WAHL

„EUROPA DARF **KEINE SCHWÄCHEN ZEIGEN**“

„EUROPA BRAUCHT MEHR STÄRKE NACH AUSSEN UND **NACH INNEN MEHR FREIHEIT.**“

LUKAS MANDL

NÖGEMEINDE: Sie waren Vizebürgermeister in Ihrer Heimatstadt Gerasdorf und zehn Jahre Abgeordneter im NÖ Landtag. Wie verstehen Sie die Aufgabe eines Abgeordneten?
LUKAS MANDL: Der Auftrag eines Abgeordneten auf jeder Ebene, im Nationalrat, im Landtag oder im Bundesrat, oder auch in der Gemeinde, ist, in Entscheidungsprozessen für die Anliegen jener Menschen und die Interessen jener Region einzutreten, die man zu vertreten hat. Auf EU-Ebene bestimmen wir durch unsere Europa-Abgeordneten mit. Ich kenne meinen Auftrag.

Wie konnten Sie diesem Auftrag in den eineinhalb Jahren, in denen Sie im Europaparlament sind, nachkommen?
Zwei Beispiele sind der Kampf gegen die Teuerung beim Trinkwasser und für unser Freiwilligensystem bei den Blaulichtorganisationen.
Der neue EU-Katastrophenschutz kommt nun ohne Kommerzialisierung und Zentralismus aus, unser Freiwilligensystem wurde sogar zum europaweiten Vorbild. Der Bundesfeuerwehrverband und das Österreichische Rote Kreuz haben mich mit ihren Erfahrungen bei den Verhandlungen sehr unterstützt.
Und beim Trinkwasser ist das Ziel, dass alle in Europa sauberes Wasser bekommen. Dafür braucht man aber nicht teure Extra-Regulierung in Österreich. Durch mehr als 100 Änderungsanträge konnte ich das im Europaparlament abwenden. Hier waren etwa der Bundesrat und die heimischen Wasserverbände starke Partner für mich.

Sie setzten sich für die Erhaltung der EU-Regionalförderung ein. Was bedeutet die Regionalförderung für Niederösterreich?
Es geht um Fördermittel für Projekte wie grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung sowie Aktivitäten von Klein- und Mittelbetrieben oder der Zivilgesellschaft. Ein Drittel der Regionalförderung fließt in unsere landwirtschaftlichen Betriebe.

FOTO: LUIZA PUIU

LUKAS MANDL IST SEIT 2017 DAS SPRACHROHR NIEDERÖSTERREICHS IM EU-PARLAMENT. IM INTERVIEW MIT DER NÖ GEMEINDE BERICHTET ER ÜBER SEINE ARBEITSSCHWERPUNKTE.

Ich kämpfe dafür, im nächsten EU-Finanzrahmen die Regionalförderung zu erhalten. Das ist nötig, denn da gibt es viele zentralistische Begehrlichkeiten. Der Beschluss dazu muss noch in diesem Jahr fallen, also bald nach dem Start des neuen Europaparlaments und der Kommission. Jährlich fließen rund 500 Millionen Euro an Fördermitteln von der EU nach Niederösterreich.

Der Brexit ist in aller Munde. Großbritannien scheidet mit vielen Problemen aus der EU aus. Was würde ein Austritt Österreichs bedeuten?
Das wäre der schlimmste Unfug, den man sich vorstellen kann. Die EU ist nicht perfekt, aber sie bringt Wachstum, Arbeitsplätze, Wohlstand. Und sie bringt noch viel mehr: grenzüberschreitende Freiheit, Institutionen zur Bewältigung von Konflikten, und zumindest die Chance, dass wir in einer in Unruhe geratenen Welt unsere Werte und unser Lebensmodell verteidigen können.

Manche meinen, die Europawahl am 26. Mai hat keine große Bedeutung. Wie wollen Sie Kritiker vom Gegenteil überzeugen?
Es werden jene 19 Abgeordneten gewählt, die den Auftrag haben, Österreich im kommenden halben Jahrzehnt zu vertreten. Es ist wichtig, dass da möglichst viele qualifizierte und hart arbeitende Menschen, die ihren Auftrag kennen und eine positive Arbeitshaltung haben, ans Werk gehen. Am 26. Mai entscheiden wir durch die Wahl, welche 19 uns vertreten werden.

Die Vorzugsstimmen entscheiden, wer Österreich im neuen Europaparlament vertritt. Welche Ziele verfolgen Sie, wenn Sie wiedergewählt werden?
Ich möchte meinem Arbeitsmotto „Rot-Weiß-Rot und Blau-Gelb in Europa“ auch im neuen Europaparlament wieder gerecht werden.
Ich orientiere mich in meinen Entscheidungen an dem Grundsatz, dass Europa nach außen stärker werden und nach innen mehr Freiheit möglich machen muss.
Es wird unserer Sicherheit und unseren Werten dienen, wenn das wirtschaftlich wichtige Europa auch politisch wichtiger wird. Dafür muss Europa in einer in Unruhe geratenen Welt deutlicher auftreten. Und nach innen brauchen wir Freiheit zur Entfaltung, weniger Verbote und mehr Chancen, weniger Zentralismus, mehr Mitbestimmung und Bürgernähe.

Welche Entscheidungen und Maßnahmen werden uns betreffen und welche wollen Sie vorantreiben?
Es wird nach der Europawahl rasant zur Sache gehen. Zuerst konstituiert sich das neue Europaparlament, dann brauchen wir eine Mehrheit für die neue EU-Kommission. Danach muss bis Jahresende der EU-Finanzrahmen beschlossen sein, der dann für sieben Jahre Gültigkeit hat.
Hier vertrete ich die österreichische Linie für Sparsamkeit, mehr Prüfung der wirtschaftlichen Hebelwirkung bei Förderungen und weniger Bürokratie, sowie den Fokus auf Sicherheit, Bildung und Digitalisierung sowie auf Nachhaltigkeit und die schon erwähnte Regionalpolitik.
Dabei geht es um die Erhaltung einer der größten Stärken Europas, nämlich die erstklassigen Lebensmittel aus der kleinstrukturierten, auf dem bäuerlichen Familienbetrieb basierenden Landwirtschaft, und unsere Kulturlandschaft.
Hier wird es wichtig sein, dass auch Abgeordnete am Werk sind, die Erfahrung und Dynamik vereinen. Da sich die Weltwirtschaft und -politik in einer Konkurrenzphase und nicht in einer Kooperationsphase befindet, darf Europa auch keine Schwächen zeigen, wenn es um unsere Wettbewerbsfähigkeit, unseren Wohlstand, unsere Arbeitsplätze geht. Bei uns im Land hängt jeder zweite Arbeitsplatz direkt oder indirekt vom Export ab.

ZUR PERSON

Lukas Mandl (39) studierte Kommunikationswissenschaften und hat acht Jahre lang an der Wirtschaftsuniversität Wien gearbeitet. Er war Gemeinderat und Vizebürgermeister seiner Heimatgemeinde Gerasdorf und von 2008 bis 2017 Landtagsabgeordneter. Seit 2017 ist er Abgeordneter im EU-Parlament.

www.lukas-mandl.at

KOMMENTAR

EU-STÄRKUNG STATT NATIONALISMUS

EIN AUFRUF ZUR WAHLBETEILIGUNG VON FRANZ OSWALD

Ein Vierteljahrhundert nach Österreichs historischer Volksabstimmung über den EU-Beitritt, für den zwei Drittel der Wählerinnen und Wähler stimmten, finden am 26. Mai neuerlich Wahlen zum EU-Parlament statt.
Vor fünf Jahren lag die Teilnahme an der Europawahl unter 50 Prozent, diesmal wird mehr erwartet. Der Grund liegt wohl in einer stärker polarisierenden Diskussion und Meinungsbildung, es geht entscheidend um die Zukunft der Union.

RICHTUNGSWAHL

Die diesmal stärker hervortretenden Differenzen zwischen den Rechtsparteien verschiedener Schattierungen einerseits und den EU-Bekennern anderseits heizen Stimmung und Interesse an dieser Wahl kräftig an. Richtungswahl – so lautet die Parole.
Während die Rechtspopulisten einer Re-Nationalisierung und damit Schwächung der EU das Wort reden, wollen die EU-Befürworter genau das Gegenteil: mehr Harmonisierung der verschiedenen Sozial- und sonstigen nationalen Systeme der EU-Mitgliedstaaten, eine gemeinsame Währungs- und Wirtschaftspolitik, eine gemeinsame Außenpolitik und eine EU-Armee. Kurzum: Mehr Union, weniger Nationalismus, wie ihn etwa der ungarische Ministerpräsident Orban in einer perfiden auf Lügen aufgebauten Kampagne fordert. Aber auch Österreichs FPÖ läuft trotz ihrer Stellung als Regierungspartei in diese Richtung.

EU IST EINE ERFOLGSGESCHICHTE

Für die Gemeinden – wie für ganz Österreich – bedeuten diese letzten 25 Jahre durchaus eine Erfolgsgeschichte. Viele EU-Investitionen in Österreich haben sich auch für die Gemeinden positiv ausgewirkt, Niederösterreich hat es in diesem Vierteljahrhundert unter die Top-Ten-Regionen Europas geschafft. Von der Befürchtung einer etwaigen Einschränkung der Kommunalautonomie durch die EU kann keine Rede sein. Die Stimme der Gemeinden wird zudem im Ausschuss der Regionen und Gemeinden kräftig erhoben und gehört. Eine Re-Nationalisierung über die subsidiären Standards und Notwendigkeiten hinaus wäre ein Rückschritt.

Am 26. Mai geht es um die Zukunft Europas.

„VON EINER EINSCHRÄNKUNG DER KOMMUNALAUTONOMIE KANN **KEINE REDE SEIN.**“

PROF. DR. FRANZ OSWALD WAR CHEFREDAKTEUR DER NÖ LANDESREGIERUNG UND IST JETZT FREIER JOURNALIST

FÜR EINEN EUROPÄISCHEN BUNDESSTAAT

Bei dieser EU-Wahl kann es daher nur um eines gehen: Um eine sinnvolle Stärkung und damit raschere Handlungsfähigkeit der Führungsgremien der EU Richtung eines europäischen demokratischen Bundesstaates. Dies bei gleichzeitiger Sicherung der patriotischen Identität ihrer Mitgliedstaaten. Nur so wird Europa weltweit reüssieren, werden die EU-Mitgliedsländer und die Gemeinden eine sichere Zukunft haben. Alles andere wäre ein Rückfall in die Vorkriegszeit und damit in eine Zeit permanenter Krisen und Unsicherheiten. Daher der Appell des NÖ Gemeindebundes: zur EU-Wahl gehen – auch im Interesse der Gemeinden.

EVN Schulservice

Angebote zu Energiethemen
für Schulen in Niederösterreich

EVN kommt in die Schule
Die EVN unterstützt die Schulen in Niederösterreich bei der Vermittlung von Energiethemen mit einer Vielfalt an kostenlosen Angeboten. Ein Team von 26 regionalen Schulbetreuern bringt Spannung in die Klassen.

Die Lernhefte und Experimentiermaterialien der EVN gehören an den Schulen in Niederösterreich zum fixen Bestandteil des Unterrichts. Jedes Jahr halten EVN Schulbetreuer über 700 praxisnahe Vorträge über die Energieversorgung und das Energiesparen. Das Lernen über das komplexe Thema Energie geht mit den Lernsets vom EVN Schulservice ganz einfach.

young.evn

Schulen kommen zur EVN
Viele Kraftwerke der EVN sind für die Besuche der Schulklassen offen und bieten maßgeschneiderte Führungen für verschiedene Altersklassen an. Jedes Jahr sehen dadurch mehr als 10.000 Schülerinnen und Schüler, wie elektrische Energie entsteht.

Die Volksschüler entdecken mit dem Energiehasen Joulius die Geheimnisse der Elektrizität und lernen dabei, wie man mit elektrischer Energie richtig und sicher umgeht. In den höheren Schulstufen erforschen die Kinder mit Hilfe von EVN Materialien die umweltrelevanten Themen Brennstoffzelle, Photovoltaik, Wärmepumpe und Elektromobilität.

Bestellung und Information

EVN Schulservice, EVN AG, EVN Platz, 2344 Maria Enzersdorf
T 0800 800 100
schulservice@evn.at, www.young.evn.at

EU-KANDIDATEN

BEI EUROPA-WAHL ZÄHLEN **VORZUGSSTIMMEN**

AM 26. MAI WIRD DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT GEWÄHLT – DABEI SIND IN DER VOLKSPARTEI ERSTMALS DIE VORZUGSSTIMMEN FÜR DIE MANDATSVERGABE AUSSCHLAGGEBEND.

Bei der Europa-Wahl am 26.Mai treffen die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher eine richtungsweisende Entscheidung darüber, wer sie in den nächsten Jahren im Europäischen Parlament vertreten soll. Erstmals sind dabei in der Volkspartei die Vorzugsstimmen bei der Mandatsvergabe ausschlaggebend. Daher gilt diesmal, dass nur Vorzugsstimmen wirklich zählen, wenn es darum geht, eine starke Vertretung unseres Landes in Europa auch in Zukunft sicherzustellen. Wie wichtig das ist, wird klar, wenn man sich die Entwicklung Niederösterreichs seit dem EU-Beitritt vor Augen führt.

POSITIVE ENTWICKLUNG DURCH EUROPA

Denn Niederösterreich profitiert wie kaum ein anderes Bundesland von der Europäischen Union. Unser Land ist mit und durch Europa aufgeblüht – sei es in den Bereichen Wissenschaft und Infrastruktur oder in den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Tourismus. Das zeigen auch die Zahlen: Die NÖ-Wirtschaftsleistung hat sich seit 1995 verdoppelt. Jeder an die Europäische Union gezahlte Euro kommt dreifach nach Niederösterreich zurück – damit sind wir Nettoempfänger und nicht Nettozahler. Konkret sind im Vorjahr rund 500 Millionen Euro an EU-Mitteln nach NÖ geflossen. Mit dieser Unterstützung konnten wichtige Investitionen getätigt werden, beispielsweise regionale Projekte in den Gemeinden oder grenzüberschreitende Kooperationen im Klinikenbereich.

LUKAS MANDL IST NÖ-SPITZENKANDIDAT

Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir jene stärken, die für ein besseres Europa eintreten und nicht jene, die aus der Europäischen Union austreten wollen. Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner hat dazu neun Kandidatinnen und Kandidaten der Volkspartei Niederösterreich vorgestellt, die für ein freies und sicheres, starkes und gemeinsames Europa selbstbewusster Regionen stehen.

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner präsentierte die Kandidatinnen und Kandidaten zur Europa-Wahl am 26. Mai.

„ERSTMALS ENTSCHEIDEN IN DER VOLKSPARTEI DIE VORZUGSSTIMMEN DARÜBER, **WER TATSÄCHLICH INS EUROPAPARLAMENT EINZIEHT.**“

An der Spitze des Teams in Niederösterreich steht Lukas Mandl, der sich bereits seit 2017 für unser Land in der Europäischen Union stark macht. Besonders im Kampf gegen Teuerungen beim Trinkwasser und für unser Freiwilligensystem hat sich der niederösterreichische Abgeordnete intensiv eingesetzt. Jetzt wirbt er erneut um die Vorzugsstimmen der Wählerinnen und Wähler, damit er weiterhin unsere Anliegen in Brüssel und Straßburg vertreten kann. *Ein Interview mit Lukas Mandl finden Sie auf Seite 10.*

WICHTIGE FRISTEN ZUR EU-WAHL

- **22. Mai:** Letztmöglicher Tag für *schriftliche* Anträge zur Ausstellung von Wahlkarten
- **24. Mai:** Letztmöglicher Zeitpunkt für *mündliche* Anträge auf Ausstellung von Wahlkarten
- **26. Mai:** Wahltag

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DER VOLKSPARTEI NIEDERÖSTERREICH

LANDESAUSSTELLUNG

„WELT IN BEWEGUNG!“ IN WIENER NEUSTADT

DIE BESUCHERINNEN UND BESUCHER DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESAUSSTELLUNG 2019 ERWARTET EIN VIELSEITIG INSZENIERTES AUSSTELLUNGSERLEBNIS. DIE BEIDEN HISTORISCHEN AUSSTELLUNGSORTE KASEMATTEN UND MUSEUM ST. PETER AN DER SPERR LADEN VON 30.MÄRZ BIS 10. NOVEMBER ZU EINER ENTDECKUNGSREISE DURCH STADT, GESCHICHTE UND MOBILITÄT EIN.

BEWEGTE WELTEN – GESTERN, HEUTE, MORGEN

Die Kasematten: Multimediale Projektionen machen das Wachsen und Werden der Stadtmauern eindrucksvoll sichtbar. Im Mittelpunkt stehen Wiener Neustadt und seine Beziehungen zur Region im Kleinen und zur Welt im Großen; kuriose Geschichten und faszinierende Objekte führen in eine begehbare Welt der Regionen um Wiener Neustadt. Der Ausstellungsrundgang führt die Besucher weiter durch unterschiedliche Formen der Mobilität: vom beschwerlichen Unterwegs-Sein in der Vormoderne über die Veränderungen durch Motorisierung bis hin zur Mobilität der Zukunft. Animationen, Installationen, Filme und Objektinszenierungen beschäftigen sich mit spannenden Fragestellungen:
Wie schaute der Alltag des Unterwegs-Seins zu Fuß, zu Pferd, in Kutschen und auf Wagen aus? Wie prägten die in Wiener Neustadt produzierten Fahrzeuge wie Auto, Lokomotive und Flugzeug die Mobilität der Menschen und somit die Gesellschaft? Wie verändert Mobilität unsere Zukunft und welchen Einfluss hat sie auf die Menschen in der Stadt und auf dem Land? Gäste werden aufgefordert, ihre eigene Mobilität zu erkunden.

KOSMOS DER STADT – ÜBER DIE GRENZEN HINAUS

Museum St. Peter an der Sperr: Das Wirken der Habsburger Kaiser Friedrich III. und Maximilian I., die von hier aus regierten und den Namen Wiener Neustadts in die Welt trugen, rückt ebenso ins Zentrum wie Matthias Corvinus und der Blick nach Ungarn. Erzählt wird die Geschichte der Stadt zu verschiedensten Zeiten und deren menschlichen Schicksale. Ausgehend von den lokalen Betrieben entstand in Wiener Neustadt eines der größten industriellen Zentren der Monarchie. Wie kamen Luxusgüter wie Pfeffer nach Wiener Neustadt? Im Ausstellungsrundgang wird die wirtschaftliche Entwicklung Wiener Neustadts vom Mittelalter über die Monarchie bis heute verfolgt. Die Besucher können hier die Wege des Imports von Rohstoffen aus aller Welt ebenso nachverfolgen wie jene des Exports der fertigen Produkte in die großen europäischen Zentren.
Die eindrucksvolle Rauminstallation im Kirchenschiff vom Museum St. Peter an der Sperr lässt bemerkenswerte Menschen aus Wiener Neustadt und der Region zu Wort kommen. Wie sich die einstige kaiserliche Residenz zur Industriestadt und zum Innovationsstandort von heute entwickelte, wird anhand prägender Persönlichkeiten erzählt.

FOTO: BEVK PEROVIC ARCHITEKTEN

Die historischen Kasematten wurden für die Landesausstellung revitalisiert.

Die Niederösterreichische Landesausstellung 2019 „Welt in Bewegung!“ findet von 30. März bis 10. November 2019 in der Hauptstadt der Wiener Alpen, in Wiener Neustadt, statt.

BILANZ

ARBEIT IM LANDTAG **VOM MITEINANDER GEPRÄGT**

ALLE BESCHLÜSSE IN DER NEUEN GESETZGEBUNGSPERIODE WURDEN VON DER VPNÖ GEMEINSAM MIT ZUMINDEST EINER ANDEREN PARTEI GEFASST

Die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher haben sich bei der Landtagswahl am 28. Jänner 2018 klar für den von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner geprägten Stil des Miteinanders ausgesprochen und die Volkspartei Niederösterreich mit einer absoluten Mehrheit im Landtag ausgestattet. Auch im Landtag, der am 22. März 2018 zur konstituierenden Sitzung zusammentrat, wurde seitens der VPNÖ seither dieses Miteinander gelebt. Denn in den bisher 13 Sitzungen sind alle gefassten Beschlüsse von der VPNÖ gemeinsam mit zumindest einer anderen Partei erfolgt“, betont VPNÖ-Klubobmann Klaus Schneeberger mit Blick auf das erste Jahr der 19. Gesetzgebungsperiode des NÖ Landtages.

HÄLFTE DER BESCHLÜSSE EINSTIMMIG

„Rund neun von zehn Beschlüssen wurden dabei gemeinsam mit der SPÖ bzw. der FPÖ gefasst, drei Viertel der Beschlüsse erfolgten gemeinsam mit den Neos und sechs von zehn mit den Grünen. Die Hälfte der Beschlüsse wurde sogar einstimmig gefasst. Diese Zahlen belegen, dass trotz vieler kontroversieller Debatten am Ende die Arbeit für unsere Landsleute im Vordergrund steht und die Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg funktioniert. Daher werden wir auch weiter das Miteinander in den Mittelpunkt stellen, denn im Miteinander – das hat sich im vergangenen Jahr klar gezeigt – sind wir erfolgreich“, so Schneeberger.

WEICHEN FÜR DIE ZUKUNFT GESTELLT

„Wir haben im letzten Jahr im Landtag zahlreiche wichtige Weichenstellungen für die Zukunft unseres Landes vorgenommen. So wurden der Ausbau der Kinderbetreuung und eine Reform bei den Pflichtschulen beschlossen, der Grundstein für ein Nulldefizit im Jahr 2021 gelegt und wichtige Projekte im Gesundheitsbereich, etwa der Ausbau der Strahlentherapie, auf den Weg gebracht. Zudem wurden entscheidende Initiativen gesetzt – etwa hinsichtlich der Strategischen Verkehrsprüfung für die Europaspange – und lange diskutierte Konfliktthemen, zum Beispiel die Anpassung der Standortbeiträge für die Landeskliniken, gelöst. Hier zeigt sich klar, dass der NÖ Landtag ein Arbeitsparlament ist und entgegen der Behauptungen mancher Föderalismuskritiker viel umgesetzt wird. Das merkt man auch mit Blick auf die März-Sitzung, in der 16 Gesetzesänderungen beschlossen wurden – vom Grundverkehrsgesetz über das Feuerwehrgesetz bis zum Kindergartengesetz“, hebt Klubobmann Schneeberger hervor.

FOTO: VPNÖ/MARSCHIK

Klubobmann Klaus Schneeberger zieht Bilanz über das erste Jahr des neu zusammengesetzten Landtages.

„WIR WERDEN AUCH WEITER **DAS MITEINANDER IN DEN MITTELPUNKT UNSERER ARBEIT STELLEN.“**

VPNÖ-KLUBOBMANN KLAUS SCHNEEBERGER

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES ÖVP LANDTAGSKLUBS

WOHNEN

„HAUSVERWALTUNG DURCH PROFIS“

MICHAEL KLOIBMÜLLER, VORSTANDSMITGLIED DER WETGRUPPE, ÜBER DIE VORTEILE, DIE GEMEINDEN HABEN, WENN SIE IHRE HAUSVERWALTUNG IN PROFESSIONELLE HÄNDE GEBEN.

NÖGEMEINDE: Welche Leistungen bietet die WETgruppe für Gemeinden?
MICHAEL KLOIBMÜLLER: Neben dem Wohnungsbau bieten wir das gesamte Spektrum wie zum Beispiel das Errichten von Kindergärten, Arztpraxen und Gemeindeämter an, das für Gemeinden wichtig ist. Besonders nachgefragt wird in den letzten Jahren der Bereich betreutes Wohnen. Das ist ein Thema, das die Gemeinden in allen Regionen Niederösterreichs intensiv beschäftigt.

Sie bieten ja auch an, die Hausverwaltung für Gemeinden zu übernehmen. Welche Vorteile hat eine Fremdverwaltung für die Gemeinde?
Durch die Fremdbetreuung erspart sich die Gemeinde Personal, da meist eine eigene Person für die Hausverwaltung abgestellt werden muss.
Wir haben aber professionelle Hausverwalter, die sich mit Eigentums- und Mietrecht sowie im Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz enorm gut auskennen. Das stellt sicher, dass beispielsweise auch Schadens- und Versicherungsfälle professionell abgewickelt werden. Auch der Mieterwechsel ist häufig eine komplexe Angelegenheit, daher braucht es eine professionelle Rundumbetreuung, wie wir sie anbieten.

Können dadurch Kosten gespart werden?
Es gibt fixe Sätze bis wohin man vorschreiben darf. Denn wenn sich jemand ausschließlich mit Hausverwaltung beschäftigt, hat das natürlich eine andere Qualität als wenn das jemand nur nebenbei macht.
Wir machen Gemeinden, die uns bezüglich Hausverwaltung kontaktieren, gerne ein Angebot. Denn für den Bürgermeister ist ja oft auch wichtig zu wissen, dass es nur eine Ansprechperson gibt, die sich um alle diese Dinge kümmert und auch bei Beschwerden an die hauptberuflichen Hausverwalter verweisen kann.

FOTO: PLANUNGSBÜRO BESTA

Beispiel Gemeindeamt Hollenthon – alles in einem – Sanierung, Verwaltung und Vermietung werden von der WETgruppe übernommen

„FÜR DEN BÜRGERMEISTER IST OFT WICHTIG ZU WISSEN, DASS ES **NUR EINE ANSPRECHPERSON** GIBT, DIE SICH UM ALLE DIESE DINGE KÜMMERT.“

MICHAEL KLOIBMÜLLER, MITGLIED DES VORSTANDS DER WETGRUPPE

Sie bieten auch Unterstützung bei der Wiederbrauchbarmachung an. Was ist darunter zu verstehen?
Vor einem Mieterwechsel müssen Wohnungen oft saniert werden. Da kommt es häufig zu Streitigkeiten, weil unklar, ob der Vormieter Kosten zu tragen hat. Wir haben eine eigene Gmbh, die die Wiederbrauchbarmachung begleitet. Wir können der Gemeinde ein All-in-Paket anbieten, weil wir nicht nur Häuser errichten und verwalten, sondern sie auch sanieren und neuen Mietern übergeben.

Wo wird die Hausverwaltung durch die WETgruppe bereits umgesetzt?
Wir haben eine Reihe von Objekten, die bereits von der WETgruppe betreut werden und seit kurzem kam die Verwaltung der Gemeindewohnungen in Gänserndorf dazu. Ein weiteres Beispiel der Hausverwaltung ist das Gemeindeamt in Hollenthon. Auch das Land Niederösterreich denkt derzeit über eine Zusammenarbeit nach.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

BILDUNG

KOMPETENZEN IM SCHULSYSTEM **ENTFLECHTEN**

GEMEINDEBUND-CHEF ALFRED RIEDL WILL, DASS DIE AUFGABEN UND VERANTWORTLICHKEITEN IN DEN PFLICHTSCHULEN NEU GEREGELT WERDEN.

Die österreichischen Gemeinden erhalten rund 4.300 Pflichtschulen, Bund und Länder zusammen rund 1.000 Schulen. Dabei sorgen die Gemeinden grundsätzlich für Errichtung und Erhaltung der Schulgebäude inklusive der Einrichtung, von den Schreibtischen bis hin zur Kreide. „In den letzten Jahren haben wir aber immer mehr neue Aufgaben übernommen, für die wir meist zu wenig finanzielle Mittel bzw. nur Anschubfinanzierungen bekommen haben“, erklärt Gemeindebund-Präsident Bürgermeister Alfred Riedl.
Mit der vorgesehenen Novelle des Bildungsinvestitionsgesetzes, die vom Gemeindebund begrüßt wurde, ist zumindest die Finanzierung der ganztägigen Betreuung der Schülerinnen und Schüler vorläufig gesichert.

KOMPETENZDSCHUNGEL ERSCHWERT DEN BETRIEB

„Neben einer nachhaltigen Finanzierung ist es jetzt aber höchst an der Zeit, auch die Kompetenzen und Zuständigkeiten im Schulsystem neu zu ordnen“, ergänzt Riedl. Denn der Blick in die Pflichtschulen zeigt ein undurchschaubares Bild: „Aufgrund des Kompetenzdschungels haben wir heute in einzelnen Schulen bis zu vier Dienstgeber, die den Betriebsablauf nicht leichter machen. Hier gelte es endlich anzusetzen und Kompetenzen neu zu regeln.“

GUTACHTEN BESTÄTIGT POSITION DES GEMEINDEBUNDES

Der Gemeindebund ist schon länger der Meinung, dass das Einstellen von Freizeitpädagoginnen und -pädagogen, Sekretariatskräften, Unterstützungspersonal, wie Sozialarbeiter, sowie das Zurverfügungstellen von Tablets nicht Aufgabe der Gemeinden sein kann.
„Univ.-Prof. Bernhard Raschauer hat nun in einem Gutachten deutlich dargelegt, dass all jene gesetzlichen Grundlagen, die den Gemeinden derartige Aufgaben übertragen, kompetenz- und damit verfassungswidrig sind“, sagt Riedl.
Raschauer geht nämlich davon aus, dass nicht die Länder, sondern der Bund unmittelbar zuständig wäre, Aufgaben des administrativen und pädagogischen Schulbetriebs zu regeln. Nur in Angelegenheiten der Errichtung und Erhaltung der Schulinfrastruktur dürfen Länder Ausführungsgesetze erlassen.
Riedl beschreibt, wie er sich die Aufgabenverteilung vorstellt: „Die Gemeinden sollen sich – wie bisher – um das Gebäude und die Infrastruktur kümmern und Bund bzw. Land übernehmen alleine die Verantwortung für bildungspolitische Inhalte sowie für das pädagogische und administrative Personal, inkl. Früh- und Nachmittagsbetreuung. Wenn dann die Schulen von 07:00 bis 19:00 Uhr geöffnet sein sollen, stellen die Gemeinden sicher, dass Heizung, Internet und Licht funktionieren und den Rest organisieren Bund bzw. Länder.“

FOTO: SHUTTERSTOCK/BLURRYME

Die Gemeinden wollen sich weiterhin um das Schulgebäude und die Infrastruktur kümmern, Bund bzw. Land sollen die Verantwortung für bildungspolitische Inhalte sowie für das pädagogische und administrative Personal übernehmen.

„IN MANCHEN SCHULEN GIBT ES **BIS ZU VIER DIENSTNEHMER.**“

GEMEINDEBUND-PRÄSIDENT ALFRED RIEDL

ECOPLUS

INTERKOMMUNALE WIRTSCHAFTSKOOPERATIONEN

ECOPLUS IST ALS WIRTSCHAFTSAGENTUR DES LANDES NIEDERÖSTERREICH NICHT NUR FÜR UNTERNEHMEN EINE DER ERSTEN ANLAUFSTELLEN IM LAND, SONDERN VOR ALLEM IM BEREICH DER INTERKOMMUNALEN WIRTSCHAFTSKOOPERATIONEN AUCH FÜR INTERESSIERTE GEMEINDEN.

Nicht jede Gemeinde verfügt über geeignete Standortvoraussetzungen für ein hochwertiges Betriebsgebiet. Warum nicht die Stärken in der Region bündeln und gemeinsam mit anderen Gemeinden einen interkommunalen Wirtschaftspark als Top-Unternehmensstandort entwickeln?

BEREITS 15 INTERKOMMUNALE WIRTSCHAFTSKOOPERATIONEN

In Zeiten enger werdender Gemeindebudgets wird die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden immer interessanter, denn durch sinnvolle gemeindeübergreifende Kooperationen werden Ressourcen gebündelt – ganz nach dem Motto „Gemeinsam ist man stärker“.

Musterbeispiele für erfolgreiche gemeindeübergreifende Zusammenarbeit sind die 15 interkommunalen Wirtschaftskooperationen, die ecoplus, die Wirtschaftsagentur des Landes Niederösterreich, bei der Realisierung betreut hat. In diesen 15 interkommunalen Wirtschaftskooperationen sind über 80 Unternehmen mit rund 1.550 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angesiedelt. Insgesamt stehen fast 400 ha Ansiedlungsfläche zur Verfügung. Alles in allem sind aktuell 91 Gemeinden in Niederösterreich bereits an einer interkommunalen Wirtschaftskooperation beteiligt – zehn dieser Gemeinden gleich in mehreren Kooperationen.

Oft wurde gerade durch diese gemeinsamen Strukturen der Startschuss für eine weitreichende, erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Partnergemeinden gelegt. ecoplus unterstützt und berät diese Standortkooperationen und stellt damit das bei der Entwicklung der ecoplus-eigenen Wirtschafts- und Beteiligungsparks erworbene Know-how, somit auch den niederösterreichischen Gemeinden zur Verfügung. Auch alle neuen ecoplus Wirtschaftsparks werden mit einer interkommunalen Komponente umgesetzt.

Das Angebot des ecoplus Bereichs Standort & Service reicht dabei von der Beratung bei der Standortauswahl und Aufschließungskonzeption über die Hilfe bei der Erstellung von Wirtschaftlichkeitsberechnungen und Kalkulationen bis hin zur Unterstützung bei der Standortvermarktung.

www. ecoplus.at

Die Wirtschaftsagentur des Landes Niederösterreich

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

DIGITALISIERUNG

GLASFASERNETZE SIND LEBENSADERN DER REGIONEN

DER 31. BÜRGERMEISTERTAG IM FRANCISCO-JOSEPHINUM IM SCHLOSS WEINZIERL IN WIESELBURG STAND IN DIESEM JAHR GANZ IM ZEICHEN DER DIGITALISIERUNG.

Alle Regionen brauchen die gleichen Lebensverhältnisse, und die digitale Infrastruktur ist dafür wesentliche Grundvoraussetzung, die es schnell auszubauen gilt. Darüber waren sich alle Teilnehmer des Bürgermeistertags in Wieselburg – der erstmals vom Verein „Regionen. Österreich“ organisiert wurde – einig.
Michael Esterl, Generalsekretär im Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, erläuterte die aktuellen Regierungsvorhaben rund um „Digital Austria“.

NEUE PLATTFORM FÜR DIE DIGITALISIERUNG VON AMTSWEGEN

Besonders interessant für die Gemeinden wird die neue Plattform für die Digitalisierung von Amtswegen. Ziel ist die Minimierung der Behördenwege, da die Daten nur einmal angegeben werden und die Bürgerinnen und Bürger dadurch nur einmal den Gang zur Behörde antreten müssen.
„Wir stehen vor einer digitalen Revolution. Die Digitalisierung kommt schneller, als wir glauben und ist allumfassend“, so Esterl, der auf den Siegeszug von Plattformen und cyberphysischen Systemen, wie etwa die autonomen Fahrsysteme, verwies.
Bereits seit kurzem kann die neue Behörden-App „oesterreich.gv.at“ verwendet werden. „Verwaltungsabläufe wie der Antrag der Wahlkarte, die Ummeldung der Wohnadresse oder das Mitführen des Führerscheins können jetzt per App am Handy abgewickelt werden“, erklärte Esterl.

GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE IM GANZEN LAND

Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl und LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf diskutierten mit den Bürgermeistern über ihre Anliegen in Sachen Digitalisierung. Für Riedl war dabei klar, dass „die Stadt das Land braucht und das Land die Stadt. Es geht nur gemeinsam, deswegen müssen wir alle in Räumen und nicht in Gemeindegrenzen denken. Nur so schaffen wir gleichwertige Lebensbedingungen für alle Menschen in allen Gemeinden in unserem Land.“
Pernkopf ergänzte, dass „Bund, Land und Gemeinden vor Jahrzehnten eine wichtige gemeinsame Kraftanstrengung geschafft haben und Wasser-, Strom- und Kanalnetze bis in die letzten Dörfer gebaut haben. Diese Infrastrukturen rechnen sich bis heute nicht und trotzdem haben sich alle dazu bekannt.“
Beim Ausbau der digitalen Infrastruktur müssten Bund, Länder und Gemeinden wieder an einem Strang ziehen, forderte Pernkopf.
Die österreichischen Gemeinden sind aber auch heute schon Innovationsmotoren, wenn es um Digitalisierung geht. „Zahlreiche Beispiel wie der Digitale Bauakt, elektronische Zutrittssysteme oder Sprachassistenten zeigen, dass gerade in den Gemeinden viele innovative Ideen geboren werden“, betonte Gemeindebundchef Riedl.

Der Bürgermeistertag findet traditionell im Francisco-Josephinum im Schloss Weinzierl in Wieselburg statt.

„DIE STADT BRAUCHT DAS LAND UND DAS LAND BRAUCHT DIE STADT.“

GEMEINDEBUND-PRÄSIDENT ALFRED RIEDL

INTERNATIONALE GARTENPROJEKTE VOR DEN VORHANG

PREIS ZUR ANERKENNUNG HERAUSRAGENDER ÖKOLOGISCHER GÄRTNERISCHER LEISTUNGEN

2019 wird zum dritten Mal der „European Award for Ecological Gardening“ ausgelobt. Die Aktion „Natur im Garten“, vertreten durch das Land Niederösterreich und die „European Garden Association – Natur im Garten International“, verleihen in Kooperation mit dem Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus, diesen Preis zur Anerkennung herausragender ökologischer gärtnerischer Leistungen. Eine internationale Jury, angeführt von ORF Bio-Gärtner Karl Ploberger, wird die Siegerprojekte auswählen.
„Der European Award for Ecological Gardening 2019 prämiert realisierte, qualitativ hochwertige Projekte und Leistungen, die das ökologische Gärtnern zur Grundlage haben. Gesucht sind innovative und nachhaltige Projekte mit Vorbildcharakter, die naturnah gestaltet sind, ökologisch gepflegt werden und auch soziale und wirtschaftliche Aspekte einbinden können“, so Landesrat Martin Eichtinger und Gemeindebund Präsident Alfred Riedl. Gemeinden können bis 15. Mai 2019 Projekte von in ihrer Verantwortung liegenden Grünflächen wie Parkanlagen, Stadtplätze, Grünstreifen, Kreisverkehren und Kindergärten bis hin zu Schulen, Pflegeheimen und Siedlungsfreiräume einreichen.

Gemeindebund Präsident Alfred Riedl, Landesrat Martin Eichtinger und ORF Bio-Gärtner Karl Ploberger präsentierten den Wettbewerb.

www. naturimgarten.at

Gemeinsam bestellen
www.umweltgemeinde.at/e-fahrzeuge

© Foto: Renault Marketing 3D - Commerce

eNu
NACHHALTIGES BESCHAFFUNGS SERVICE

VERRECHNUNG

WASSER-SCHADEN – WAS NUN?

WIE GEMEINDEN DAMIT UMGEHEN SOLLEN, WENN IN EINEM WOHNHAUS LANGE ZEIT WASSER VERBRAUCHT WURDE UND NIEMAND ETWAS BEMERKT HAT. VON WALTER LEISS

Ein längere Zeit nicht entdeckter Wasserschaden kann nicht nur große Zerstörung anrichten, sondern auch zu enorm hohen Abgaben führen.

Der Winter neigt sich dem Ende zu und die ersten warmen Frühjahrstage stehen vor der Tür. Zeit, wieder ins Freie zu gehen und die Natur zu genießen. Für viele bedeutet es auch, nach der langen Winterpause ihre Freizeitwohnsitze am Land aufzusuchen und nach dem Rechten zu sehen, das Haus und den Garten aus dem Winterschlaf zu befreien und für den Sommer bereit zu machen. Für einige Hauseigentümer bedeutet es aber auch eine unliebsame Entdeckung zu machen. Ein Wasserrohrbruch hat einen Schaden verursacht und keiner hat's entdeckt.

FAHRLÄSSIGKEIT KANN TEUER KOMMEN

Neben dem eventuellen Schaden im Haus oder am Gebäude, kommt dann vielleicht eine hohe Wasserrechnung von der Gemeinde, wenn der Wasserrohrbruch hinter dem Wasserzähler geschehen ist. Vielleicht wollte man das Haus auch im Winter nutzen oder doch alle paar Wochen vorbeischauen oder man hat darauf vertraut, dass die Winter ja nicht mehr so kalt sind und hat die Wasserversorgung nicht abgesperrt und alle Leitungen entleert. Eine Fahrlässigkeit, die einen teuer zu stehen kommen kann.

Versicherungen decken, wenn überhaupt, nur den Sachschaden am und im Gebäude, aber nicht die Wassergebühr für das bezogene Wasser. In den meisten Versicherungsverträgen wird vermerkt, dass man bei längerer Abwesenheit – und das sind Zeiträume ab einer Woche, also auch bei Urlaub im Sommer – die Wasserversorgung stilllegen muss. Ansonsten wird die Versicherung leistungsfrei. Und wenn das Wasser bei einem Rohrbruch über längere Zeit austritt, können große Mengen an verbrauchtem Wasser zusammenkommen.

VERBRAUCH WIRD FESTGESTELLT ODER GESCHÄTZT

Die Berechnung hat nach dem NÖ Wasserleitungsgesetz zu erfolgen. Neben der Bereitstellungsgebühr, deren Höhe sich nach der Wasserabgabenordnung der Gemeinde richtet, ist eine Wasserbezugsgebühr zu entrichten, deren Höhe sich nach dem gemessenen Wasserverbrauch und der Höhe pro Kubikmeter Wasser richtet.
Ist der Wasserzähler nicht selbst beschädigt, gilt grundsätzlich der angezeigte Verbrauch im Ablesezeitraum. Natürlich könnte auch der Wasserzähler defekt sein, aber das ist bei einem ordnungsgemäß geeichten Gerät eher unwahrscheinlich. Ist der Wasserzähler beschädigt, weil aufgefroren, ist ein Schätzverfahren durchzuführen, um den wahrscheinlichen Verbrauch zu ermitteln. Der festgestellte oder im Schätzverfahren ermittelte Wasserverbrauch ist dann der Vorschreibung zu Grunde zu legen. Hier hat der Bürgermeister als Abgabenbehörde wenig Spielraum.

VERRECHNUNG NACH EINEM WASSERROHRBRUCH

Für das Folgejahr sind Teilzahlungsbeträge basierend auf dem Vorjahresverbrauch festzusetzen und am Ende eine Verrechnung mit dem tatsächlichen Verbrauch vorzunehmen.

„AB EINER ABWESENHEIT VON EINER WOCHE MUSS **DAS WASSER ABGEDREHT WERDEN.“**

Es erscheint aber widersinnig, wenn durch ein außergewöhnliches Ereignis wie einem Wasserrohrbruch, dieselbe Menge auch für das Folgejahr festgesetzt wird. Vielmehr wäre hier der in den Vorjahren durchschnittliche Verbrauch als Basis für die Teilbeträge heranzuziehen, auch wenn das so nicht im Gesetz steht.
Für die Betroffenen jedenfalls ein großer Schaden und mitunter eine hohe Gebührenvorschreibung. Wie kann man dieser entgehen? Nun, das Abgabenrecht kennt die Möglichkeit einer Nachsicht von fälligen Abgabenschulden.

DAS NACHSICHTSVERFAHREN

§ 236 der Bundesabgabenordnung sieht vor, dass fällige Abgabenschuldigkeiten auf Antrag des Abgabepflichtigen ganz oder zum Teil durch Abschreibung nachgesehen werden können, wenn ihre Einhebung nach der Lage des Falles unbillig wäre. Aus der Judikatur der Höchstgerichte ergeben sich einige Leitsätze, die für dieses Verfahren Geltung haben.
Das Nachsichtsverfahren ist von der Gemeinde/dem Bürgermeister als Abgabenbehörde erster Instanz (wenn bestimmte Wertgrenzen nicht überschritten werden) durchzuführendes hoheitliches Verfahren. Es ist ein antragsbedürftiges Verfahren, d. h. der Antragsteller muss einwandfrei und unter Ausschluss jeglichen Zweifels das Vorliegen aller jener Umstände dartun, auf die der Nachlass gestützt werden kann *(vgl. etwa das hg. Erkenntnis vom 28. April 2009, 2006/13/0189, mwN)*. Im Nachsichtverfahren trifft den Antragsteller somit eine erhöhte Mitwirkungspflicht. *(Geschäftszahl 2010/16/0219, vom 19.06.2013)*
Die Abgabennachsicht ist nicht das geeignete Mittel, um möglichen, aber unterbliebenen Einwänden gegen Sachbescheide zum Durchbruch zu verhelfen.
(Geschäftszahl 2002/15/0002 vom 29.1.2004)

Eine Abgabennachsicht gemäß § 236 BAO setzt die Unbilligkeit der Abgabeneinhebung voraus; eine solche kann grundsätzlich nicht damit begründet werden, dass die Abgabenfestsetzung zu Unrecht erfolgt ist. Vielmehr muss die behauptete Unbilligkeit in Umständen liegen, die die Entrichtung der Abgabe selbst betreffen. Im Nachsichtsverfahren können daher nicht Einwände nachgeholt werden, die im Festsetzungsver-

Die schnelle Hilfe am Telefon.

Wenn's weh tut!
1450
Ihre telefonische Gesundheitsberatung

Der Kopf dröhnt und Sie fühlen sich gerädert - und das gerade jetzt, wo ein heller Kopf gefragt ist! Was tun? Wenn´s weh tut - Rufen Sie 1450, Ihre Gesundheitsberatung am Telefon. Sofort am Telefon hilft Ihnen speziell geschultes diplomiertes Krankenpflegepersonal und gibt Ihnen weiterführende Empfehlungen. Nutzen Sie den neuen kostenlosen* Gesundheitsdienst, die schnellste medizinische Beratung Österreichs. Rund um die Uhr, sieben Tage die Woche.

Ein Service des Landes Niederösterreich, der Sozialversicherung und des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz.

Entgeltliche Einschaltung

* Sie zahlen nur die üblichen Telefonkosten gemäß Ihrem Tarif.

www.1450.at

Bundesministerium
Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Konsumentenschutz

„WER STEIGT SCHON WÖCHENTLICH IN EINEN WASSERSCHACHT, **UM DEN ZÄHLERSTAND ZU KONTROLLIEREN?“**

fahren geltend zu machen gewesen wären *(Geschäftszahl 003/13/0062 vom 24.1.2007)*.

Im Falle eines Ansuchens um Nachsicht hat die Abgabenbehörde zuerst zu prüfen, ob ein Sachverhalt vorliegt, der dem unbestimmten Gesetzesbegriff „Einhebung nach der Lage des Falles unbillig“ entspricht.
Verneint sie diese Frage, so ist für eine Ermessensentscheidung kein Raum mehr, demnach ist der Antrag abzuweisen *(vgl. das hg. Erkenntnis vom 27. Juni 2013, 2013/15/0173, mwN)*.
Bejaht sie dagegen eine Unbilligkeit, so erfließt daraus ebenso wenig bereits zwingend eine Abgabennachsicht, denn diesfalls hat die Abgabenbehörde im Rahmen einer umfassenden Ermessensabwägung erst zu prüfen, ob die besonderen Umstände des Einzelfalls so schwer wiegen, dass dem Abgabepflichtigen im konkreten Fall der Nachsichtsweg – und gegebenenfalls in welchem Umfang (Vertrauensschaden) – offensteht *(Geschäftszahl 2011/15/0050 vom 26.6.2014)*.

Nicht verwaltungsökonomische Erwägungen, sondern besondere rechtliche oder wirtschaftliche Gegebenheiten auf der Seite des Abgabepflichtigen sollen maßgebend dafür sein, Härten, zu denen auch Existenzgefährdungen zählen, im Einzelfall zu vermeiden *(Geschäftszahl 94/13/0044 vom 15.9.1999)*.

VERMÖGENSVERLUST ALS GRUND FÜR NACHSICHT?

Ein Vermögensverlust für sich allein stellt keinen Grund für eine Abgabennachsicht dar. Dabei ist es unerheblich, ob der Verlust durch einen Schicksalsschlag oder durch (grobes) menschliches Fehlverhalten herbeigeführt wurde und ob mit ihm gerechnet werden konnte, oder ob er völlig unerwartet eingetreten ist.
Eine Abgabennachsicht dient nämlich nicht dazu, einen außersteuerlich erlittenen wirtschaftlichen Nachteil ganz oder teilweise auszugleichen. Nur dann, wenn sich durch die Vermögenseinbuße oder durch andere Ereignisse die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Abgabepflichtigen derart verschlechtern, dass ihm die Entrichtung von Abgaben nicht mehr zugemutet werden kann, liegen Gründe vor, die die Abgabeneinhebung aus persönlichen Gründen als unbillig erscheinen lassen können.
Geschäftszahl 92/13/0125 vom 10.5.1995

WAS VERSTEHT MAN UNTER „BILLIGKEIT“?

Dem Gesetzesbegriff „Billigkeit“ ist die Bedeutung von „Angemessenheit in Bezug auf berechtigte Interessen der Partei“, und den Begriff „Zweckmäßigkeit“ die Bedeutung „öffentliches Interesse, insbesondere an der Einbringung der Abgaben“ beizumessen *(Hinweis E 16.10.1985, 83/17/0159)*.
Bei Abwägung dieser Interessen ist nicht nur darauf Bedacht zu nehmen, welchem Interesse im Einzelfall an sich Priorität einzuräumen wäre, sondern es muss die Ermessensentscheidung auch tatsächlich geeignet sein, jenen Effekt herbeizuführen, der dem als vorrangig erkannten Interesse entspricht, dh dass eine drohende Existenzgefährdung nur dann eine Nachsicht nach § 236 Abs 1 BAO rechtfertigt, wenn die wirtschaftliche Existenz gerade durch die Einbringung der betreffenden Abgaben gefährdet ist und mit einer Abgabennachsicht die Existenzgefährdung abgewendet werden könnte *(Hinweis E 21.12.1989, 89/14/0196)*.
Geschäftszahl 3/17/0084 vom 17.11.1993

ERMESSENSÜBUNG IST ZU BEGRÜNDEN

Zusammengefasst bedeutet dies, dass die Abgabenordnung Möglichkeiten sieht, fällige – auch schon entrichtete – Abgabenschulden zu erlassen. Dabei handelt es sich um ein antragsbedürftiges Verfahren, das mit Bescheid zu erledigen ist. Der Abgabenschuldner hat in seinem Antrag darzulegen, welche Gründe die Entrichtung der Abgabe als unbillig erscheinen lassen. Erst wenn die Unbilligkeit vorliegt kommt es zur Ermessensentscheidung. Auch die Ermessensübung ist im Bescheid zu begründen. Dabei darf keine Willkür geübt werden. Der Bescheid ist mit Rechtsmittel bekämpfbar.
Bei hohen Wassergebühren in Folge eines Wasserrohrbruches wird bei der Ermessensübung sicher eine Rolle spielen, ob die Gemeinde das Wasser aus einer eigenen Quelle bezieht, oder das Wasser selbst von einem überregionalen Versorger kaufen musste.
Kann dem Abgabenschuldner ein Vorwurf gemacht werden, dass er es verabsäumt hat seine Liegenschaft zu kontrollieren?
War der Wasserschaden überhaupt feststellbar oder ist er erst bei der Ablesung des Wasserzählers durch den hohen Verbrauch bemerkt worden? Denn wer steigt schon wöchentlich in den Wasserschacht, um den Zählerstand zu kontrollieren, wenn keine Anzeichen für einen Schaden vorliegen.
Um derartige Situationen zu vermeiden, ist es jedenfalls besser, vor dem Winter das Haus winterdicht zu machen und sämtliche Leitungen zu entleeren, damit man im Frühjahr vor unliebsamen Erfahrungen gefeit ist.

DR. WALTER LEISS
IST GENERALSEKRETÄR DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES

RECHTSTIPPS AUS DER PRAXIS

DIE AMTSHAFTPFLICHT-VERSICHERUNG

GEMEINDEN SOLLTEN BESTEHENDE VERSICHERUNGSVERTRÄGE PRÜFEN

VON FRANZ NISTELBERGER

In einem aktuellen Fall wurden gegenüber einer von mir vertretenen Gemeinde Ansprüche geltend gemacht, weil es die Gemeinde gemäß § 43 Abs. 1 lit b StVO unterlassen haben soll, eine Verkehrsbeschränkung bzw. ein Verkehrsverbot auszusprechen.
Konkret wurde geltend gemacht, dass dann, wenn der Zustand bzw. die Benützung einer Straße, welche im unmittelbaren Bereich eines Gebäudes gelegen sei, dessen Sicherheit und/oder von Personen, die sich dort aufhalten würden, gefährden würde, die Behörde dauernde oder vorübergehende Verkehrsbeschränkungen oder Verkehrsverbote, insbesondere Maß-, Gewichts- oder Geschwindigkeitsbeschränkungen zu erlassen habe. Dies sei im Gegenstand jedoch nicht erfolgt.
Der Rechtsnatur nach handelt es sich bei diesen Ansprüchen um Amtshaftungsansprüche.

AMTSHAFTUNGSAUSGLEICHSFONDS MUSS INFORMIERT WERDEN

Gemäß § 10 Abs. 1 NÖ Amtshaftungsausgleichsfondsgesetz ist die Gemeinde dazu verpflichtet – bei sonstigem Anspruchsverlust gemäß § 10 Abs. 4 leg cit – den NÖ Amtshaftungsausgleichsfonds von der Geltendmachung von Amtshaftungsansprüchen zu informieren. Der NÖ Amtshaftungsausgleichsfonds muss dann der Gemeinde mitteilen, ob er den Anspruch anerkennt oder die Gemeinde auffordert, den Anspruch zu bestreiten. Für den Fall, dass der NÖ Amtshaftungsausgleichsfonds den Anspruch anerkennt, wird dieser vom Fonds befriedigt.

NUR VERMÖGENSSCHADENSHAFTPFLICHT

Unabhängig davon haben viele niederösterreichischen Gemeinden auch eine Amtshaftpflichtversicherung abgeschlossen. Gegenständlich besteht nur eine Haftpflichtversicherung betreffend Vermögensschadenshaftpflicht.
Diese Versicherung hat jedoch nach Bekanntgabe des Amtshaftungsanspruches dessen Deckung mit der Begründung abgelehnt, dass aus der Haftpflichtversicherung/Vermögensschadenshaftpflicht nur natürliche Personen sowie deren Stellvertreter in ihrer gegenwärtigen, ehemaligen oder zukünftigen Tätigkeit als versicherte Personen gelten, wie z. B. Bürgermeister, Vize-Bürgermeister, Ortsvorsteher, Mitglieder des Gemeindevorstands, Stadtrates oder Stadtsenates, Mitglieder des Gemeinderates und Amtsleiter, Stadtamtsdirektor oder Magistratsdirektor.
Zusätzlich handle es sich um einen Versicherungsschutz für den Fall, dass versicherte Personen wegen einer bei Ausübung der versicherten Tätigkeit begangenen Pflichtverletzung für einen Vermögensschaden in Anspruch genommen werden.
Ungeachtet der Frage, um welche Schäden es sich bei Vermögensschäden in rechtlicher Natur handelt, steht somit fest, dass damit die Gemeinde selbst nicht versichert ist bzw. dass es sich bei der Haftpflichtversicherung betreffend Vermögensschadenhaftpflicht nicht um eine Amtshaftpflichtversicherung handelt.

Ich empfehle daher jeder Gemeinde, die bestehenden Versicherungsverträge gewissenhaft zu prüfen und eine Amtshaftpflichtversicherung abzuschließen. Der NÖ Amtshaftungsausgleichsfonds deckt zwar den entstandenen Schaden, übernimmt jedoch keine Kosten, die der Gemeinde durch die Abwehr eines Amtshaftungsanspruches entstehen. Der Abschluss einer Amtshaftpflichtversicherung stellt daher für die Gemeinde sicher, dass die Abwehr von Ansprüchen für die Gemeinde mit keinem Kostenrisiko verbunden ist.

DR. FRANZ NISTELBERGER
IST VERBANDSANWALT DES NÖ GEMEINDEBUNDES

Die Landesgalerie ist auch architektonisch beeindruckend.

„DER **GESAMTE KUNSTBESTAND DES LANDES** BEFINDET SICH JETZT IN KREMS."

KUNST

SENSATIONELLE ARCHITEKTUR IN KREMS

DIE NEUE LANDESGALERIE IST EIN BEGEGNUNGSORT FÜR STADT UND LAND

VON FRANZ OSWALD

Die Donau- und Wachaumetropole Krems ist mit der Errichtung der Landesgalerie endgültig zum zweiten großen Zentrum Niederösterreichs, jenem für Kunst, geworden. Die gesamte Neuplanung des Landes in den letzten 30 Jahren ist somit im Wesentlichen abgeschlossen, das Konzept beruht auf drei Säulen:

- Gründung und Ausbau von Sankt Pölten als Landeshauptstadt.
- Konzentration des politischen Lebens des Landes in Sankt Pölten sowie gleichzeitiger Ausbau des Kulturbezirks der Landeshauptstadt zum Zentrum der Geschichts- und Naturdarstellung (Haus der Geschichte, Haus der Natur).
- Ausbau von Krems zum künstlerischen Schwerpunkt des Landes, der jetzt mit der Fertigstellung der Landesgalerie im Wesentlichen abgeschlossen werden konnte.
- Das bedeutet, dass sich der gesamte Kunstbestand des Landes Niederösterreich, und dieser ist gewaltig, jetzt in Krems befindet. Hier gibt es mit der Kunsthalle, dem Karikaturmuseum, dem Forum Frohner, dem „Air Artist in Residence" und weiteren Sammlungen im Rahmen der Kunstmeile schon jetzt eine großartige Konzentration des Kunstgeschehens und Kunstbestandes in Niederösterreich.

ATEMBERAUBENDES MUSEUM

Die Landesgalerie selbst, die am 3. März vorgestellt wurde (die offizielle Eröffnung ist am 25./26. Mai), erhielt geradezu hymnische Kritiken. „Ein sensationelles, ein atemberaubendes Museum", so Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner. „Einmalige großartige Architektur des Vorarlberger Architektenbüros Marte.Marte", „ein architektonischer Leuchtturm weit über Niederösterreichs Grenzen hinaus", „was für ein wunderbarer wagemutiger Bau"– so und ähnlich tönte es in der in- und ausländischen Presse und Kunstszene. Der Baukörper hat die Form eines Pyramidenstumpfs mit geschwungenen Glasflächen im Erdgeschoß, weitgehend fensterlos, besitzt am Dach eine Terrasse, die einen einmaligen Blick auf Stift Göttweig eröffnet.
Für die Eröffnung sind fünf Ausstellungen in den fünf vorhandenen Ausstellungsflächen vorgesehen: „Ich bin alles zugleich" – Selbstdarstellung von Egon Schiele bis heute, Renate Bertlmann, „Hier ruht meine Zärtlichkeit", Franz Hauer, „Selfmademan und Kunstsammler der Gegenwart", „Sehnsuchtsträume" – berührte Natur und besetzte Landschaften und Heinz Cibulka, „bin ich ein Bild".

Landesgalerie Krems, Krems-Stein, Kunstmeile
office@kunstmeile.at
0123 456 789

FÜR URBANES UND LÄNDLICHES PUBLIKUM

Die neue Landesgalerie, dieser künstlerisch-kulturelle Leuchtturm, strahlt weit über Krems. Die Galerie ist aber nicht nur für urbanes Publikum, sondern ebenso auch für Bewohner des ländlichen Raumes interessant und vielversprechend. Neue Besucherströme für die – nicht nur traditionelle – Kunst sind zu erwarten.

INTERVIEW

„ZIVILSCHUTZ IST NIE ZU VIEL SCHUTZ!“

CHRISTOPH KAINZ, BÜRGERMEISTER DER MARKTGEMEINDE PFAFFSTÄTTEN, LANDTAGSABEORDNETER UND PRÄSIDENT DES NÖ ZIVILSCHUTZVERBANDES ÜBER DIE BEDEUTUNG DES ZIVILSCHUTZES

NÖGEMEINDE: Was sind die Hauptanliegen des Zivilschutzverbandes in NÖ?
CHRISTOPH KAINZ: Unser Hauptanliegen ist die Informationsarbeit für die niederösterreichische Bevölkerung. Die Themen Eigenverantwortung und Selbstschutz stehen dabei an erster Stelle.
Diese umfangreiche Tätigkeit kann nur dann funktionieren, wenn alle Organisationen und Behörden eng zusammenarbeiten. Daher zählen selbstverständlich auch die Partnerschaftspflege zu den NÖ Gemeinden und auch mit den Blaulichtorganisationen zu den obersten Prioritäten.

Wie ist der Zivilschutzverband strukturiert und wo liegen die Hauptaufgaben?
Der NÖZSV ist ein Verein. Seit 1961 informiert, berät und schult der NÖZSV auf allen Ebenen unseres Bundeslandes.
Unsere Struktur erstreckt sich von der Landesgeschäftsstelle in Tulln bis zu den mehr als 1800 ehrenamtlichen Mitarbeitern, die quer durch Niederösterreich die Informationsarbeit des NÖZSV vorantreiben.
Beginnend mit der Safety Tour bis hin zum jährlichen Zivilschutztag werden in NÖ rund 1300 Veranstaltungen jährlich abgehalten. Schulvorträge, Abendvorträge in den Gemeinden, Sicherheitstage und seit 2017 auch ein Info-Truck dienen als Informationsplattform für die Bevölkerung.
In Tulln betreiben wir eine Zivilschutzschule mit rund 65 Ausbildungstagen im Jahr, die jeder Bürger und jede Bürgerin besuchen kann.
Seit 2009 schult und informiert der NÖZSV auch die NÖ Gemeinden in Fragen des Krisen und Katastrophenschutzmanagements (KKM NÖ).

Was kann jeder Bürger eigenverantwortlich tun, um mit einfachen Mitteln auf eine eventuelle Gefahrensituation vorbereitet zu sein?
Bevorratung oder der krisenfeste Haushalt sind in diesem Bereich die Hauptthemen des NÖZSV. Vorbereitet zu sein, bedeutet Eigenverantwortung zu übernehmen.
Sich über Gefahrensituationen zu Informieren, schärft das Bewusstsein.
Vorbereitet und informiert eine Krise zu erleben, wird immer einen geringeren Schaden hervorbringen und Gesundheit und Leben unserer Bürgerinnen und Bürger schützen.
Genügend Lebensmittel und eine alternative Koch- und Heizmöglichkeit zu haben, ist ein wesentlicher Teil des „Krisenfesten Haushaltes“. Sich darüber hinaus auch bewusst zu sein, dass ein flächendeckender Stromausfall unseren Alltag auf den Kopf stellt, kann sehr hilfreich sein. Vor allem dann, wenn man vorbereitet ist.
Zivilschutz ist nie zu viel Schutz!

„VORBEREITET ZU SEIN, BEDEUTET **EIGENVERANTWORTUNG ZU ÜBERNEHMEN.**“

CHRISTOPH KAINZ.
PRÄSIDENT DES NÖ ZIVILSCHUTZ-VERBANDES

Christoph Kainz: „Sich darüber hinaus auch bewusst zu sein, dass ein flächendeckender Stromausfall unseren Alltag auf den Kopf stellt, kann sehr hilfreich sein.“

KULTURFREUNDLICHSTE GEMEINDEN AUSGEZEICHNET

AUS JEDEM BEZIRK WURDE EINE KOMMUNE PRÄMIERT

Auszeichnung der „Kulturfreundlichsten Gemeinden 2018“ im Landtagssaal in St. Pölten.

140 niederösterreichische Gemeinden bewarben sich um den Titel „Kulturfreundlichste Gemeinde 2018“.
Bewertet wurde auf der Basis von Fragebögen mit jeweils 126 Fragen.
Ausgezeichnet wurde eine Kommune pro Bezirk, diesmal waren es Stadt Haag (Amstetten), Altenmarkt an der Triesting (Baden), Mannersdorf (Bruck an der Leitha), Orth an der Donau (Gänserndorf), Litschau (Gmünd), Hollabrunn, Horn, Korneuburg, Gföhl (Krems), Hainfeld (Lilienfeld), Melk, Poysdorf (Mistelbach), Wiener Neudorf (Mödling), Neunkirchen, Reinsberg (Scheibbs), Neulengbach (St. Pölten Land), Fels am Wagram (Tulln), Dobersberg (Waidhofen an der Thaya), Gutenstein (Wiener Neustadt) und Rappottenstein (Zwettl).
„Eine kulturfreundliche Gemeinde zeichnet sich in besonderer Weise durch ihr kulturelles Geschehen und durch ihre kulturelle Vielfalt aus“, erläuterte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner bei der Preisverleihung im Landtagssaal in St. Pölten. „Im Bereich der Kultur verfügt Niederösterreich nicht nur über Leuchtturmprojekte von der Kunstmeile Krems über Grafenegg bis zum Haus der Geschichte in St. Pölten, sondern auch über eine Vielzahl kultureller Initiativen direkt vor Ort. Diese Kombination macht es auch aus, dass Kultur in allen Ecken Niederösterreichs spür- und erlebbar ist und eine Kraftquelle für und eine Brücke zwischen den Menschen bildet“, sagte Mikl-Leitner.

WORKSHOP

MIMIK – BÜHNE DER EMOTIONEN

DIE ARBEITSGEMEINSCHAFT DER STADTAMTSDIREKTOREN NIEDERÖSTERREICHS INFORMIERTE SICH ÜBER NONVERBALE KOMMUNIKATION

Die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) der Stadtamtsdirektoren Niederösterreichs traf sich zu einem Workshop für Mimikscouting®.
„Mimik ist die Bühne der Emotionen“ – so leitete Christian Kandutsch, Geschäftsführer des Instituts für Führung, in das Themenfeld ein.
In einer Zeit, wo die Empathiefähigkeit nachweislich abnimmt, wird Kommunikation immer schwieriger. Rasch werden Texte getippt, oftmals mit sogenannten Emoticons versehen im Versuch, dem geschriebenen Wort noch Emotionen beizufügen.
Im persönlichen Gespräch scheitert der Mensch jedoch zunehmend daran, die nonverbalen Signale des Gegenübers zu erkennen und zu deuten. Mimik, als die sichtbare Bewegung der Gesichtsoberfläche, ist ein wichtiger Bestandteil der nonverbalen Kommunikation und die Reaktion auf mimische Signale ein wertvolles Instrument für gelungene Kommunikation, egal ob diese in

Die Teilnehmer des Workshops bezeichneten Mimikscouting®

Christian Kandutsch erläuterte die Bedeutung von Mimik.

der Mitarbeiterführung, in Verhandlungen oder in Beratungsgesprächen stattfindet. „Mimikscouting® bezeichnet die Tätigkeit, mimische Signale wahrzunehmen und diese anhand eines geeigneten Systems objektiv zu beschreiben“, führte Kandutsch weiter aus. Die Gesamtschau einzelner mimischer Expressionen wiederum ergibt ein momentanes Stimmungsbild des Gesprächspartners, auf welches nachfolgend professionell reagiert werden kann, um etwa Missverständnisse zu erkennen und auszuräumen, eine förderliche Gesprächsatmosphäre herzustellen oder empfängerorientiert zu kommunizieren.
Nach dem mehrstündigen, intensiven Training war die einhellige Meinung sämtlicher Teilnehmer, dass Mimikscouting® eine interessante Ergänzung für jegliche persönliche Kommunikation miteinander darstellt. Stadtamtsdirektor Leopold Ott, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft: „Unsere Arbeitsgemeinschaft möchte die Kollegenschaft in den niederösterreichischen Städten bei ihren vielfältigen und komplexen Aufgaben bestmöglich unterstützen. Der heutige Workshop war wieder so eine Hilfestellung für die tägliche Arbeit in unseren Rathäusern!“

als interessante Ergänzung der Kommunikation.

FEUERWEHRSCHULE WIRD ZUM **SICHERHEITSZENTRUM**

AUSBILDUNG WIRD NEU ORGANISIERT

FOTO: NLK REINBERGER

LH-Stv. Stephan Pernkopf, LH Johanna Mikl-Leitner und Landesfeuerwehrkommandant Dietmar Fahrafellner

Die Landes-Feuerwehrschule in Tulln wird zum „NÖ Feuerwehr- und Sicherheitszentrum“. „Es wird Zeit, die Landes-Feuerwehrschule als das zu bezeichnen, was sie eigentlich ist. Nämlich viel mehr als ein gewöhnliches Schulgebäude. Sie ist ein wahres blau-gelbes Zentrum der Sicherheit“, erläutert Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner.
Am Gelände der jetzigen Landes-Feuerwehrschule können die Feuerwehrleute nicht nur die Schulbank drücken, wie der Name vielleicht vermuten lässt, sondern auch die verschiedensten Einsatz-Szenarien üben (Hausbrand, Gasunfälle, Taucheinsätze, Verkehrsunfälle, Abseil- und Sicherungstätigkeiten). Im Moment werden am Standort auch 3,6 Millionen Euro für einen neuen Containerterminal für Katastropheneinsätze investiert. Darüber hinaus soll die Zusammenarbeit mit befreundeten Organisationen noch weiter ausgebaut werden. In Zukunft sollen noch mehr Organisationen die Möglichkeit bekommen, am Gelände in Tulln zu üben und sich damit auf schwierige Einsätze vorzubereiten.
Eine zweite Neuerung betrifft die Feuerwehrausbildung für die rund 98.000 Feuerwehrmänner und -frauen. „Wir werden klar festschreiben, dass in Zukunft die Feuerwehr für die Ausbildung der Kameradinnen und Kameraden zuständig ist“, betont LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf und erklärt: „Schließlich sind es die Feuerwehrleute selbst, die am besten ihr Wissen weitergeben können.“

GEMEINDETAG UND KOMMUNALMESSE **IN GRAZ**

DIE BEIDEN WICHTIGSTEN VERANSTALTUNGEN FÜR GEMEINDEVERTRETER FINDEN VON 26. BIS 28. JUNI STATT

Jedes Jahr stehen die Kommunalmesse und der Österreichische Gemeindetag unter einem aktuellen Motto. Für 2019 wurde das Thema „Nachhaltigkeit und deren kommunale Umsetzung“ gewählt.
Das Thema Nachhaltigkeit ist seit gut einem Jahrzehnt in aller Munde. Was Nachhaltigkeit aber genau bedeutet, wird sehr unterschiedlich ausgelegt. Meist wird darunter nur Ressourcenschonung verstanden und „nachhaltig“ gerade in Zeiten des Klimawandels mit „ökologisch vertretbar“ gleichgesetzt. Aber Nachhaltigkeit hat mehr Facetten als nur die ökologische Komponente. Die drei wichtigsten Dimensionen, nämlich Ökonomie, Soziales & Gesellschaft sowie Ökologie, werden bei der Kommunalmesse beleuchtet.

Das Thema Nachhaltigkeit steht heuer im Mittelpunkt von Kommunalmesse und Gemeindetag.

FOTO SHUTTERSTOCK/POPTIKA

Was bedeuten Ökonomie, Soziales und Ökologie in Bezug auf Österreichs Gemeinden in der Umsetzung von nachhaltigen kommunalen Vorhaben und der täglichen Arbeit in diesen drei Bereichen? Und wie kann die Wirtschaft die Realisierung von nachhaltigen Projekten unterstützen und vorantreiben? Das sind nur zwei der Fragen und Aspekte, auf die auf der Kommunalmesse Antworten gegeben werden.

https://gemeindebund.at/gemeindetag
www.diekommunalmesse.at

VOR 20 JAHREN: **WO GEMEINDEN INVESTIEREN WOLLEN**

Das Titelbild der NÖ Gemeinde im April 1998 zierte eine Galerie von Bürgermeisterporträts. Die Geschichte dazu hieß „Sie vergeben Milliarden. NÖ BürgermeisterInnen beleben die Wirtschaft“. Hintergrund war eine Finanzbedarfserhebung, die Aufschlüsse über den Ausbaustand und den Nachholbedarf bei der öffentlichen Infrastruktur brachte. Es zeigte sich, dass die kommunalen Investitionen vor allem in den Bereichen Schulen und Kindergärten, Krankenanstalten und Sozialhilfe, Straßenbau sowie im Bereich der kommunalen Betriebe am stärksten zunehmen werden. Die Studie sagte aus, dass in Folge der höheren Investitionen in den Neubau bzw. die Sanierung von Schulen, Kindergärten und Verkehrsflächen die Standortqualität der Gemeinden weiter verbessert werden würde. Die Investitionen der kommunalen Betriebe würden vor allem den Umweltschutz betreffen. Weiters wurde ausgeführt, dass der Wohnbau immer weniger als kommunale Aufgabe empfunden werde, die Gemeinden aber zukünftig mehr Altenheime bauen würden.

Eine Studie befasste sich mit dem Thema „Siedlungsstruktur und öffentliche Haushalte“. In 18 Gemeinden waren dazu die Zusammenhänge zwischen Siedlungsstruktur und technischer Infrastruktur anhand der Straßen-, Wasserleitungs- und Kanalnetze untersucht worden. Dabei wurde deutlich, dass Bauwerber höchstens ein Drittel der Aufschließungskosten bezahlen. Das würde Stadtflucht und die Vermehrung von Zweitwohnsitzen begünstigen, hieß es. Gefordert wurde, dass Flächensparen Hauptziel der Raumordnung werden müsse. Zudem müsse unter Berücksichtigung der Erschließungskosten die Möglichkeit geschaffen werden, Bauland zu mobilisieren.

Neu war die Aktion „Fahr nicht fort, kauf im Ort“. Die Volkspartei NÖ und der Wirtschaftsbund wollten damit das Bewusstsein für den Einkauf in der eigenen Gemeinde stärken und die Nahversorgung sichern.

PERSONALIA

Die neuen Vizepräsidentinnen des Österreichischen Gemeindebundes, Sonja Ottenbacher und Roswitha Glashüttner.

DER GEMEINDEBUND WIRD WEIBLICHER

Nachdem mit Brigitte Ribisch erstmals eine Frau in das Präsidium des NÖ Gemeindebundes einzog, wird auch der Österreichische Gemeindebund weiblicher: Mit Sonja Ottenbacher (ÖVP) aus dem Salzburger Stuhlfelden und Roswitha Glashüttner (SPÖ) aus dem steirischen Liezen wurden beim Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes am 20. März 2019 im Palais Niederösterreich gleich zwei Bürgermeisterinnen ins Präsidium gewählt. Sie werden ab sofort als Vizepräsidentinnen das Präsidium, das bisher aus Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl, und den beiden Vizepräsidenten Hans Hingsamer und Rupert Dworak bestand, verstärken.

HERBERT CHROMY FEIERTE DEN 80ER

Er ist seit fast 50 Jahren Konsulent des NÖ Gemeindebundes und arbeitet hier auch heute noch mit: Herbert Chromy, Stadtamtsdirektor a. D. aus Horn mit Wurzeln in Baden. Hier wuchs er auf, maturierte 1957 und war zuerst im Dienst der Stadt Baden tätig. 1961 kam er nach Horn, wo er mehr als 40 Jahre Stadtamtsdirektor war. Als Gründer der Arbeitsgemeinschaft der Stadtamtsdirektoren Niederösterreichs erlangte er landesweit einen Ruf als versierter Stadt- und Gemeindeverwalter.
Im NÖ Gemeindebund befasst er sich bis heute vor allem, aber nicht nur, mit arbeitsrechtlichen Fragen, und ist kundiger Berater der jeweiligen Präsidenten und Landesgeschäftsführer. Er war auch an so manchem für die Gemeinden wichtigen Gesetz beteiligt.

IMPRESSUM:

Herausgeber:
NÖ GEMEINDEBUND
(Kommunalpolitische Vereinigung - KPV)
3100 St. Pölten, Ferstlergasse 4
Internet: www.noegemeindebund.at
Mit der Herausgabe beauftragt:
Landesgeschäftsführer
Mag. Gerald Poyssl

Medieninhaber: Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., 1010 Wien, Löwelstraße 6, Tel.: 01/532 23 88-0

Chefredakteur: Mag. Helmut Reindl,
E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at
Mitarbeit: Sotiria Peischl M.A.,
Prof. Dr. Franz Oswald

Grafik: Österreichischer Kommunal-Verlag,
Thomas Max
E-Mail: thomas.max@kommunal.at

Anzeigenverkauf: Tel.: 01/532 23 88-0
Sabine Brüggemann, E-Mail:
sabine.brueggemann@kommunal.at
Martin Mravlak, E-Mail:
martin.mravlak@kommunal.at
Martin Pichler, E-Mail:
martin.pichler@kommunal.at

Hersteller:
Leykam Druck, 7201 Neudörfl
Erscheinungsort: 2700 Wr. Neustadt
Auflage kontrolliert: 12.800 Exemplare.
Direktversand ohne Streuverlust an folgende Zielgruppen in NÖ: Mandatare und leitende Bedienstete in allen NÖ Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Ortsvorsteher und leitende Gemeindebedienstete). Alle NÖ Abgeordneten zum National- und Bundesrat sowie Landtag, alle Mitglieder der Landes- und Bundesregierung und alle Abteilungsleiter und deren Stellvertreter beim Amt der NÖ Landesregierung. Alle Bezirkshauptleute und deren Stellvertreter sowie alle Fachjuristen der Bezirkshauptmannschaften in NÖ. Alle Leiter und deren Stellvertreter der Gebietsbauämter in NÖ sowie alle Sachverständigen des Landes, der Bezirkshauptmannschaften und der Gebietsbauämter. Alle Bezirks- und Landesfunktionäre sowie leitenden Bedienstete der gesetzlichen Interessenvertretungen in NÖ (Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer) sowie alle Abteilungsleiter von Landesgesellschaften. Alle Funktionäre und Geschäftsführer von in NÖ relevanten Verbänden, Organisationen und Institutionen.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung der jeweiligen Autoren wieder und liegen in deren alleiniger Verantwortung. Persönlich gezeichnete Berichte müssen sich daher nicht mit der Auffassung des Herausgebers oder des Medieninhabers decken.

Bezahlte Anzeige

NÖ Landesausstellung

Wiener Neustadt 30.3.–10.11.2019

WELT IN BEWEGUNG!

STADT.GESCHICHTE.MOBILITÄT.

noe-landesausstellung.at

Perndl+Co

TIPP
attraktive Angebote für Ihren Kurzurlaub rund um die NÖ Landesausstellung unter **www.wieneralpen.at/landesausstellung2019**

EVN
HYPO NOE
NV Die Niederösterreichische Versicherung
Raiffeisen Meine Bank
VIE Vienna International Airport
eco plus
ORF NÖ
NÖN
wiener neustadt Ein Service der WNSKS GmbH.
WIENER ALPEN
WIENERWALD
KULTUR NIEDERÖSTERREICH